



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **Verdrängte Grausamkeit**
Angehörige der deutschen Minderheit als KZ-Wächter 1941-45
- **Fanal der Menschlichkeit**
Die Stele von Ansgar Nierhoff am ehemaligen Panzerabwehrgraben in Ladelund
- **Minderheiten und Ehrenamt**
Ein Treffen der „Jugend Europäischer Volksgruppen“

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

HERAUSGEBER: ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Redaktionsgeschäftsstelle: Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

Anschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de

Geschäftszeit: Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

Beitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

Abonnement: 15 € Inland, 17,50 € Ausland

Bankverbindungen: HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

INHALT

Seite

Siegfried Matlok

Ein grausames Kapitel Minderheit.

Angehörige der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig
als KZ-Wächter 1941-4599*Uwe Haupenthal*

„Das Mal“.

Ansgar Nierhoffs Stele am ehemaligen Panzerabwehrgraben
in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund 117*Henrik Becker-Christensen*„The Streets of Voluntariness“. Einführung in ein Seminar
der „Jugend Europäischer Volksgruppen“ (JEV) 127

Umschau 133

Buchbesprechungen 156

Mitarbeiter/innen dieses Heftes 164

Abbildungsnachweis 164

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Ove Jensen, M.A., Lollfuß 6 · 24837 Schleswig
- Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee
- Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg
- Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung:

Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98

E-Mail: mittelstaedt-design@web.de · www.mittelstaedt-media-design.de

Druck:

Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

ISSN 1867-1853

Ein grausames Kapitel Minderheit

Angehörige der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig
als KZ-Wächter 1941-45

von SIEGFRIED MATLOK

Ein in Dänemark lange verdrängtes Kapitel dänisch-deutscher Zeitgeschichte hat der dänische Historiker Dennis Larsen in seinem 2010 erschienenen Buch „Fortrængt grusomhed“ nun aufgearbeitet: die Beteiligung von dänischen Staatsbürgern und nicht zuletzt auch Angehörigen der deutschen Volksgruppe an KZ-Verbrechen. Wenn es darum geht, sich schwierigen Themen in der Geschichte der Volksgruppe engagiert und selbstkritisch zu stellen, nimmt die Zeitung der Minderheit, Der Nordschleswiger, eine bemerkenswerte Vorreiterrolle ein. Maßgeblichen Anteil daran hat der Chefredakteur Siegfried Matlok, der bereits in den 80er Jahren auch durch eigene historische Forschungen, z. B. über den Reichsbevollmächtigten Werner Best, hervorgetreten ist. In einem ausführlichen Zeitungsbeitrag (27. 11. 2010) hat Matlok seine Leser über das Buch von Larsen informiert, wobei er den Schwerpunkt auf die Beteiligung von Angehörigen der Volksgruppe an KZ-Verbrechen legt. Hier greift er zwei Beispiele auf und ergänzt die Forschungsergebnisse des dänischen Historikers durch eigene Recherchen, besonders zur Erinnerungskultur im sog. Ehrenhain der Minderheit auf dem Knivsbjerg. Wir geben Matloks Aufsehen erregenden Beitrag wieder und fügen seinen Leitartikel vom selben Tag (27. 11. 2010) als „Epilog“ hinzu, weil dieser eindrücklich die rational gesteuerte Betroffenheit zeigt, mit der ein führendes Mitglied der Minderheit sich diesem „grausamen Kapitel“ der eigenen Geschichte aus Pflicht gegenüber den demokratischen Menschenrechten entschlossen stellt. Unser Redaktionsmitglied Dr. Jörn-Peter Leppien hat die Zeitungsveröffentlichung im Kontakt mit dem Autor für den Abdruck in den Grenzfriedensheften eingerichtet.

Die Redaktion

„Fortrængt grusomhed“: das neue Buch von Dennis Larsen

Der 1966 in Sonderburg geborene Historiker Dennis Larsen, der im Museum Frøslevlejren als Museumsinspektor bei Henrik Skov Kristensen tätig ist, hat im Verlag Gyldendal kürzlich ein Buch herausgegeben mit dem Titel „Fortrængt grusomhed“, also verdrängte Grausamkeit.¹ Warum er nicht den Plural grusomheder/Grausamkeiten gewählt hat, ist unklar, aber wir möchten schon jetzt da-

vor warnen, dieses Buch überhaupt zu lesen, denn für schwache Nerven ist es nicht geeignet. Der Historiker der Kopenhagener Zeitung Berlingske Tidende Bent Blüdnikow, der das Buch mit fünf von sechs möglichen Sternen würdigt, spricht von „schreckeinjagenden“ Berichten.² Die geschilderten Grausamkeiten in den Konzentrationslagern (KZs), an denen nach Larsens Recherchen auch zahlreiche Angehörige der deutschen Minderheit beteiligt gewesen sind, sind von einer solch menschenverachtenden Tiefe, dass sie selbst Kriminologen, Psychologen und Psychiatern noch heute unlösbare Rätsel aufgeben. Es kann dafür keine Erklärung geben – und damit leider, leider auch keine Entschuldigung!

Zunächst zu den Fakten: Insgesamt haben sich 6.000 dänische Staatsbürger freiwillig in den Dienst der deutschen SS gestellt, davon rund 1.500 aus der deutschen Minderheit. Nur eine kleinere Anzahl von Nordschleswigern – manche sprechen von 500, doch genaue Zahlen liegen darüber bisher leider nicht vor – kamen zur Wehrmacht, also Heer, Marine und Luftwaffe. Dabei dürfte es sich in erster Linie um Angehörige der deutschen Minderheit gehandelt haben, die nach 1920 ihren deutschen Pass behalten hatten. Dänische Bücher wie „Mit dem Danebrog unterm Hakenkreuz“³ haben schon früher – ansatzweise – einiges über Verbrechen an der Ostfront angedeutet, aber bisher bestand der Eindruck, dass die Waffen-SS nur an der Front gekämpft hat. Mit dieser Legende räumt Dennis Larsen auf, denn zahlreiche dieser Soldaten der Waffen-SS wurden auch als Wachpersonal in deutschen KZs eingesetzt. Vor allem in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges wurden z. B. „nicht kriegsverwendungsfähige“ Soldaten zum KZ-Dienst beordert, um sozusagen alle gesunden Männer an die Front zu holen.

Im „Statens Arkiv“ in Kopenhagen fand Larsen Material und bekam eine Sondererlaubnis bei den zeitlich noch gesperrten Papieren wegen der übergeordneten forschungsmäßigen Bedeutung für die Öffentlichkeit. Larsen hat auch in ausländischen Archiven recherchiert, mit besonderer Genehmigung vor allem in der Außenstelle Ludwigsburg des Bundesarchivs, in dem noch heute Juristen/Staatsanwälte an der Aufklärung von Verbrechen aus der Nazi-Zeit arbeiten. Dort allein standen ihm 1,6 Millionen Karteinamen zur Verfügung; außerdem hatte der dänische Historiker Zugang zum britischen Nationalarchiv „KEW“ sowie u. a. zu den Archiven in den Konzentrationslagern Neuengamme und Sachsenhausen.

Er ist sich deshalb seiner Sache, der von ihm herausgefundenen Namen, ganz sicher. Dennis Larsen hat 99 dänische Staatsbürger als Wachposten in KZs ermittelt, die nach seinen Angaben in irgendeiner Weise Verbrechen an der Menschlichkeit begangen haben. Insgesamt glaubt Larsen, der seine Nachforschungen noch in Weißrussland fortgesetzt hat, dass die Zahl der dänischen KZ-Wächter sicherlich noch viel höher gewesen ist. Von den 99 gehörte fast die Hälfte (44) zur deutschen Minderheit in Nordschleswig. 43 bekannten sich

Abb. 1
Umschlag des 2010
erschiedenen Werkes
von Dennis Larsen



direkt zur Minderheit, einer war Mitglied der nationalsozialistischen Partei der Volksgruppe NSDAP-N.

Durch die internationale Forschung ist inzwischen bekannt, dass es 24 deutsche Konzentrationslager gab – mit rund 1.000 Außenlagern. Die dänischen SS-Wachposten waren der Inspektion der Konzentrationslager (IKL) und dem SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WVHA) unterstellt, 37.674 Männer und 3.508 Frauen bewachten am 12. Januar 1945 noch 714.211 KZ-Gefangene; zuvor waren aber bereits Millionen umgebracht worden.

Es gab mehrere SS-Kampfverbände, die Waffen-SS verfügte allein über 38 Divisionen mit 600.000 Mann. Die meisten Freiwilligen aus der deutschen Minderheit in Nordschleswig wurden als Ausländer in die Waffen-SS aufgenommen, gehörten zunächst der Division Germania, danach als sog. Totenkopf-Verbände der Division Wiking an, zuletzt kämpften sie im Regiment Nordland Schulter an Schulter mit den Dänen vom „Frikorps Danmark“. Dass die SS nicht zwischen den Freiwilligen der deutschen Volksgruppe und den Freikorps-Leuten zu unterscheiden wusste,

führte übrigens vorübergehend zu erheblichen Spannungen zwischen der Nazi-Führung der deutschen Minderheit um Jens Möller und der SS in Berlin, die erst durch SS-Führer Heinrich Himmler persönlich beigelegt wurden.

Unter den acht Millionen deutschen Kriegsgefangenen der Alliierten konnten die dänischen KZ-Wachposten nach Kriegsende natürlich leicht untertauchen, schreibt Larsen. Die meisten wurden schnell freigelassen und kehrten dann nach Dänemark zurück, wo sie praktisch die Standardstrafe bekamen, die für ehemalige Soldaten im Einsatz einer fremden Macht in einem Sondergesetz festgesetzt worden war. Von den 99 KZ-Wächtern, die sich nach Angaben des Historikers (cand. mag. seit 2008) dokumentieren lassen, haben viele später selbst erzählt, in KZs gearbeitet zu haben, andere wurden von Kameraden „verraten“ und schließlich wurden einige auch durch Nachbarn oder die Angehörigen von KZ-Gefangenen entlarvt. Kaum einer wurde jedoch durch systematische Nachforschungen der dänischen Behörden ermittelt, wie Larsen mit Bedauern feststellt.

Warum blieben die KZ-Wärter während der dänischen „Rechtsabrechnung“ praktisch unerwähnt, war die nationale Optik zu eng oder glaubte man gar, dass die Verbrechen, die dänische Staatsbürger im Ausland begangen hatten, übertrieben dargestellt wurden? Larsen stellt diese berechtigte Frage und wundert sich, warum Dänemark – im Gegensatz zu anderen Ländern – sich auch später nie mit diesen KZ-Leuten beschäftigt hat, ja sogar verdrängt hat, dass es auch dänische Staatsbürger gab, die Verbrechen begangen hatten, die an Grausamkeiten zu den schlimmsten der Nazi-Zeit gehörten. Viele dieser SS-Freiwilligen – jene, die nach dänischen Maßstäben verurteilt wurden oder gar frei davongekommen sind – konnten anschließend in Dänemark ein normales Leben führen und wurden also nie für ihre schweren Verbrechen zur Rechenschaft gezogen.

Der Chef der damaligen Abteilung des dänischen Nachrichtendienstes, Troels Hoff, schickte erst im November 1947 Richtlinien über die Behandlung von in Deutschland befindlichen dänischen SS-Leuten an den in Nordschleswig zuständigen Polizeikommandeur Ernst Brix. Hoff sprach in diesem Zusammenhang „von unseren Schmerzenskindern“ („Vore Smertens Børn“). Aus dem 2009 erschienenen Kommissionsbericht über die Arbeit des Polizeilichen Nachrichtendienstes PET („Politiets Efterretningstjeneste“)⁴ nach 1945 geht im Kapitel über die deutsche Minderheit hervor, wie „scharf“ Brix allgemein gegen die Angehörigen der deutschen Volksgruppe vorgegangen ist. Dass aber Brix – jedenfalls nach den uns vorliegenden vertraulichen PET-Dokumenten – niemals die deutsche Minderheit wegen der zahlreichen Mitglieder anklagte, die in KZs gearbeitet hatten, muss verwundern, denn dies hätte zum damaligen Zeitpunkt natürlich ein noch schlechteres Licht auf die deutsche Minderheit werfen können. Warum dieses Verschweigen auf dänischer Seite und später in der Minderheit selbst,

die sich vor allem mit dem „Faarhus-Mythos“ beschäftigte und gerne und oft das Bild von eigener Unschuld und von dänischen Ungerechtigkeiten zu vermitteln suchte?

Der Historiker Larsen betont in seinem Buch: Natürlich war nicht jeder SS-Mann, der vorübergehend in einem KZ seinen Militärdienst verrichtete, ein Gewalttäter oder ein kaltblütiger Mörder. In der Regel nahmen die Wachposten aber an Gewalttätigkeiten gegen die Gefangenen teil, zum Beispiel bei der Bewachung der Marschkolonnen zum Arbeitsdienst außerhalb der Lager. Überlebende haben berichtet, dass es Wachposten gab, die sich allein auf die Bewachung beschränkten und die sie deshalb sogar als „anständig“ bezeichneten. Sie wurden von den Überlebenden auch nicht vergessen, weil sie leider die Ausnahme bildeten. Normalerweise griffen die SS-Männer hart und brutal gegen die Gefangenen durch. Es ist dokumentiert, dass dänische KZ-Wachposten aktiv Gewalt ausgeübt und sogar wehrlose Gefangene getötet, ermordet haben. Die von Larsen erforschten Unterlagen geben keinen Anlass zu der Annahme, dass die dänischen KZ-Aufseher weniger brutal waren oder gar weniger an Verbrechen beteiligt gewesen sein sollen als ihre brutalen Kollegen aus anderen besetzten Ländern und aus Deutschland. Im Gegenteil, die dänischen Beispiele sind von einer Grausamkeit, die dem Schlimmsten entspricht, was über die Nazi-Verbrechen bisher bekannt geworden ist.

Larsen sieht verschiedene Gründe für die KZ-Tätigkeit der 99 Dänen: Freiwillige Meldung, Kriegsverletzungen, Versetzung zur KZ-Arbeit aufgrund von soldatischer Unfähigkeit oder auch persönliche Ambitionen.

Mit Fortdauer des Krieges stieg auch die Zahl der KZ-Wächter aus den Reihen der deutschen Minderheit, deren freiwillige Meldung zur Waffen-SS aber andere – vor allem nationale und volksgruppenpolitische – Gründe hatte, als sie für jene Tausende von Dänen galten, die sich für das „Frikorps Danmark“ meldeten. Über die Struktur der KZ-Leute aus der deutschen Minderheit sagt Larsen: „Es waren ganz normale Menschen.“ 18 von ihnen hatten eine Berufsausbildung, 23 waren ungelernete Arbeiter und 16 waren zuvor in der Landwirtschaft beschäftigt. „Sie waren weder krank noch ärmer als andere. Sie hatten nur eine Gemeinsamkeit: Sie waren Nazis. Dies galt vor allem für die Mitglieder aus der deutschen Minderheit nach der Gleichschaltung in Nordschleswig“, urteilte der Historiker in einem Interview mit der Zeitung „Information“.⁵

Ein Dokument vom 17. November 1941, das Dennis Larsen dem Nordschleswiger dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat, zeigt, dass Leute von „Frikorps Danmark“, aus der deutschen Minderheit in Nordschleswig und auch Norweger bereits zu diesem Zeitpunkt im KZ-System zu finden waren. In diesem Schreiben an den Kommandanten der Waffen-SS klagt SS-Standartenführer Fritz Nordmann im Auftrag von SS-Reichsführer Heinrich Himmler nach einer

Inspektion im Konzentrationslager Oranienburg: „Es widerspricht gänzlich den vom Reichsführer-SS hierüber gegebenen Bestimmungen, wenn diese Freiwilligen lediglich zum Arbeitsdienst oder als Bewachungspersonal in die Konzentrationslager geschickt werden.“ Himmlers „Bedenken“ jedoch blieben aufgrund der Kriegsentwicklung ohne Folgen. Der Historiker stellt einwandfrei fest: Bereits seit 1941 waren Mitglieder der deutschen Minderheit in KZs tätig.

Larsen hat nach der Buch-Veröffentlichung sogar entdeckt, dass eine weibliche Angehörige aus der deutschen Minderheit im KZ (WHVA-Amtsgruppe D) diente. Sie war vorübergehend Mitarbeiterin des dänischen Arztes Carl Peder Værnet, der im KZ Versuche an Homosexuellen vornahm. Die Frau erhielt für ihren KZ-Einsatz sogar eine Verdienstmedaille, wurde jedoch nach 1945 weder im Ausland noch in Dänemark verurteilt.

Carl Friedrich Robert Heide

Bei den Nachforschungen in Verbindung mit den Verbrechen in Konzentrationslagern stieß die Sonderabteilung der britischen Armee „War Crimes Investigation Unit“ sehr schnell auf den Namen des SS-Wärters Carl Friedrich Robert Heide aus Apenrade, der besonders von zwei dänischen KZ-Gefangenen schwer belastet wurde und der deshalb auf die internationale Fahndungsliste kam.

Heide wurde am 1. September 1894 in Apenrade geboren, als Sohn eines Schusters. Er war verheiratet, hatte Kinder, arbeitete als Typograf bei der „Nordschleswigschen Zeitung“ und bekannte sich zur deutschen Minderheit. Im Oktober 1942 reiste Heide via Kopenhagen-Gedser zum KZ Sachsenhausen-Oranienburg gemeinsam mit zwölf anderen. Das dokumentiert ein offizielles Dokument von der WVHA Amtsgruppe D (also KZ-Dienst) über Volksdeutsche aus Dänemark. Er war zunächst im Wachdienst Neuengamme tätig, später im Emsland-Außenlager Meppen-Versen im deutsch-holländischen Grenzgebiet, das ab November 1944 KZ-Häftlinge gefangenhielt. Heide stieg vom Unterscharführer zum Blockführer auf. Im Außenlager Meppen-Versen befanden sich im Januar 1945 mehr als 2.000 KZ-Gefangene, darunter übrigens 75 Dänen. Die Sterberate war sehr hoch: Bis März 1945, als das Lager geräumt werden musste und die Gefangenen nach Neuengamme verlegt wurden, starben 150 Personen.

Ein dänischer Gefangener erinnert sich an die dortigen Arbeiten an der Verteidigungsanlage, der sog. „Ems-Rhein-Stellung“. „Die Arbeit wurde für die Wehrmacht ausgeführt. Wir hoben Schützengräben um Meppen herum aus. Die Arbeit war völlig zwecklos, weil der ‚Feind‘ gar nicht durch die Wälder kam, sondern einfach auf der Landstraße. Wir hatten also schöne Gräben gemacht in den Wäldern rund um Meppen im Sand, so dass die Gräben wieder einstürzten. Die Arbeitszeit war sehr lang, der ewige Regen ermüdend. Trotzdem konnte man



Abb. 2
Carl Friedrich Robert Heide
als SS-Rottenführer, ca. 1944

die Arbeit nicht außergewöhnlich schwer nennen. Was die Häftlinge so schwer mitnahm, was die vielen Toten kostete, das war nicht so sehr die Schwere der Arbeit, sondern die übermäßig lange Arbeitszeit, die völlig ungenügende Bekleidung, die dauernde Nässe und die völlig ungenügende Nahrung und vor allem keine Wärme.“

Im April 1945 erzählte Heide einem dänischen SS-Mann, dass er in Lübeck eingeschifft werden sollte. Im Februar hatte seine in Apenrade lebende Frau noch einen Brief von ihm aus Versen erhalten. Das waren die letzten Lebenszeichen, denn trotz intensiver Fahndung durch die Alliierten wegen zahlreicher Misshandlungen und Morden an KZ-Gefangenen fand sich nie wieder eine Spur von Heide. Vermutet wird, dass er wahrscheinlich auf der Cap Arcona u. a. mit dem Lagerkommandanten von Meppen-Versen geflüchtet ist. Die Cap Arcona war ein Luxusdampfer der Hamburg-Südamerika-Linie, die nach dem Kap Arcona auf der Insel Rügen benannt war. Das Schiff mit 206 Metern Länge und 27.500 BRT Raummaß lief am 14. Mai 1927 vom Stapel und galt als eines der schönsten Schiffe seiner Zeit. Der Dampfer beförderte sowohl Luxusreisende als auch Auswanderer vorwiegend nach Südamerika, ab 1940 wurde die Cap Arcona von der deutschen Kriegsmarine verwendet und verblieb in der Ostsee. Ab Ende 1944 wurde sie zum Transport von Flüchtlingen aus Ostpreußen nach

Westen eingesetzt und danach von der Kriegsmarine aufgegeben. Ab 26. April 1945 wurde die Cap Arcona mit Häftlingen aus dem KZ Neuengamme beladen und zusammen mit zwei kleineren Schiffen, der Thielbek und der Athen, in die Lübecker Bucht gebracht, auch in der Absicht, Spuren der KZ-Verbrechen zu vernichten. Am 3. Mai 1945 trieben die Cap Arcona, die Thielbek, die Athen und die Deutschland schutzlos in der Lübecker Bucht zwischen Neustadt (Holstein) und Scharbeutz. Sie wurden von alliierten Fliegern bombardiert und versenkt. Rund 7.000 bis 8.000 (!) KZ-Insassen ertranken, Überlebende wurden noch am Ufer von der SS erschossen.

Seit dem 26. Mai 1946 wurde Heide von den Briten (Captain C.W. Rose) wegen Kriegsverbrechen gesucht (Accused: Heide). Die dänische Reichspolizei in Kopenhagen schrieb am 10. Juli 1947 eine Liste von Kriegsverbrechern zur Fahndung aus, darunter auch SS-Rottenführer Heide Jørgensen, der nach ihrer Ansicht identisch war mit Carl Friedrich Robert Heide. Im Dezember 1947 wurde Heide in Apenrade von dänischer Seite wegen des Verdachts „landesschädlicher Tätigkeit“ angeklagt. Um genauere Kenntnisse über die Person Heides zu erlangen, war im September 1947 eine Stellungnahme von „Aabenraa Politikammer“ eingeholt worden: beim Vorsitzenden der Apenrader Kommune, Niels Ebsen, Kirkepladsen 9, der während der Besatzungszeit vorübergehend sogar Nachbar von Heide gewesen war. Ebsen schildert Heide als ein Mitglied der deutschen Minderheit, „das nationalsozialistisch eingestellt war.“ „Heide war aber nie provozierend, auch nicht in politischen Fragen, weder vor seiner Einberufung zum Kriegsdienst noch während seines Heimaturlaubs. Der Angeklagte hat sich im Wohnviertel nie unvorteilhaft bemerkbar gemacht, nicht anders als jeder andere in der deutschen Minderheit“, heißt es in dem Protokoll.

Es gab jedoch auch eine andere Seite: die brutale, die auch vom Historiker Henrik Skov Kristensen dokumentiert worden ist, der im Jahre 2000 ein Buch mit den Erinnerungen des KZ-Gefangenen Jens Martin Sørensen aus Kolding veröffentlicht hat.⁶ Heides in Apenrade lebende Witwe ließ 1950 von einem dänischen Gericht seinen Tod erklären – rückwirkend ab 5. Mai 1945!

Dass viele Minderheiten-Angehörige im KZ Neuengamme tätig waren und dass dies manchen in der Minderheit keineswegs verborgen geblieben sein kann, geht auch aus einer am 10. Dezember 1942 in der „Nordschleswigschen Zeitung“ gebrachten Notiz unter der Überschrift „Gruß aus Neuengamme“ hervor. Carl Heide, Apenrade, und drei andere Kameraden übermitteln darin „herzliche Grüße aus Neuengamme und besten Dank für die regelmäßige Zusendung der Zeitung“. Heides Name war auch bis vor wenigen Tagen im Ehrenhain auf dem Knivsberg zu lesen, angebracht auf der Liste der Gefallenen, die als Folge des Zweiten Weltkrieges gestorben waren. In den damaligen Volksgruppen-Unterlagen zur Errichtung des Ehrenhains heißt es hingegen: „vermisst Ostsee 1945“.



Aus Nordschleswig

(Allgemeine Nachrichten aus dem ganzen Landesteil)

Berichte über Weihnachtsfeiern

Angeichts der bevorstehenden Weihnachtsfeiern richten wir an unsere Berichtserstatter die dringende Bitte, uns nur ganz kurze Berichte zu übersenden, da der uns zur Verfügung stehende Raum angesichts der großpolitischen Entwicklung beschränkt ist. Wir bitten um schnellste Uebermittlung der Berichte (evtl. telephonisch). Berichte über Weihnachtsfeiern, die der Zeitung nicht bis Mittwoch, d. 23. Dezember, vormittags, vorliegen, können nicht mehr erscheinen.

Gruß aus Neuengamme,

den 24. Nov. 1942.

An die Nordschleswigsche Zeitung,
Apenrade.

Vier Kameraden der Stube 12 des 1. L.-Sturmabteils senden der Nordschleswigschen Zeitung viele herzliche Grüße und besten Dank für die regelmäßige Zusendung der Zeitung.

Carl Heide, Apenrade,
Anton Callesen, Apenrade,
Jeppe Rod, Tingleff,

Albert Johnsen, Rorder-Seierstedt.

Zur Fuchsjagd des SA-Reitersturms

In dem Bericht ist leider der Name des Gewinners entstellt worden. Den Fuchschwanz erhaschte Carl Christian Alnor aus Tingleff.

Beschädigungen von Schornsteinen als Folge der Torfheizung

machen sich vielfach bemerkbar. Der flüssige Ruß, den Torf häufig hervorruft, greift Bewurf, Ziegelsteine wie Mörtel an und bringt den Schornstein zum Zerbröckeln. Dadurch wird auch die Gefahr von Schornsteinbränden und Feuergefahr hervorgerufen. Flüssiger Ruß ist zumeist eine Folge ungenügenden Zuges im Schornstein. Daher tritt das Uebel bei feuchtem Wetter häufiger auf, als wenn klarer Frost herrscht. Um das Bilden von flüssigem Ruß möglichst auszuschalten, muß in erster Linie dafür gesorgt werden, daß die Heizungsanlagen und der Schornstein gehörig Zug haben, damit der Torf mit heller Flamme verbrennt und möglichst starke Heizkraft entwickelt. Daher muß beim Feuern darauf geachtet werden, daß der Ofen nicht zu vollgepfropft wird und daß der Rost von Schlacken rein ist. Das Gleiche gilt für das Verfeuern von Holz, das ebenfalls leicht flüssigen Ruß entwickelt.

Abb. 3 „Gruß aus Neuengamme“ von vier KZ-Wächtern: Nordschleswigsche Zeitung, 10.12.1942

Gustav Alfred Jepsen

Gustav Alfred Jepsen wurde am 1. Oktober 1908 in Hadersleben geboren. Nach 1920 arbeitete er zunächst bei der dänischen Staatsbahn (DSB). Er bekannte sich zur deutschen Minderheit. Nach freiwilliger Kriegsmeldung kam er am 10. März 1941 zur Waffen-SS und wurde in der SS-Kaserne Hamburg-Langenhorn ausgebildet, danach nahm er im Rang eines SS-Schützen im SS-Infanterie-Geschütz Ersatzbataillon Germania an Einsätzen in Prag und Holland teil. Er verschwieg

jedoch, dass er seit seiner Kindheit unter Herzproblemen litt und deswegen als dänischer Soldat abgelehnt worden war. Außerdem litt er oft an Depressionen, die neurologisch behandelt wurden. Er wurde, als er über diese Herzprobleme zu klagen begann, als „nicht truppenverwendungsfähig“ eingestuft und dann im Innendienst als Hilfskraft angestellt.

Im KZ Neuengamme führte er u. a. das sogenannte Pfahlhängen ein. Ein Gefangener, dem ein Fluchtversuch misslungen war, erhielt zunächst zur Bestrafung 30 Stockschläge, danach wurden ihm die Hände gebunden und er wurde an einem Pfahl so hoch gehängt, dass seine Füße den Boden nicht berühren konnten. In vielen Fällen wurden die anderen KZ-Insassen zur Abschreckung gezwungen, an ihm vorbeizudefilieren. Entweder wurde der Gefangene kurz vor dem Tod heruntergeholt oder er wurde getötet. Ein Brite namens Gybels berichtete vor dem Gericht, wie Blockführer Jepsen die Gefangenen misshandelt habe. Täglich mit Schlägen und Tritten ins Gesicht. Und danach wurden einige von ihm in den Lagersee gestoßen. Wenn sie versuchten, an Land zu kommen, schubste er sie wieder zurück. Ein Russe starb an Lungenentzündung, nachdem er mehrfach von Jepsen verprügelt und in den See gestoßen worden war. Aus den Unterlagen ergibt sich, dass Jepsen im September 1944 vom KZ-Neuengamme ins Außenlager Marinewerft Wilhelmshaven (Banterweg) nahe der Westwerft wechselte. Vorübergehend überlegte er, so heißt es in einem Brief 1944 an die Heimat, sich dem dänisch-terroristischen Schalburg-Korps anzuschließen, das ihm jedoch keine Antwort gab.

Im März 1945 zählte das Bremer Außenlager 1.129 Gefangene, vor allem Franzosen und Russen, aber auch dänische Gefangene. Jepsen stieg vom Blockführer zum Unterscharführer auf, vorübergehend leitete er anstelle des Kommandanten sogar selbst das Außenlager. Die zunehmenden Kriegshandlungen führten zu dem Entschluss, die Gefangenen ins Landesinnere zu verlegen – von Wilhelmshaven nach Neuengamme. 400 der am meisten entkräfteten Gefangenen werden in Viehwaggons der Reichsbahn gepfercht, der Transport beginnt am 3. April. Als der Transport am 7. April in Lüneburg ankommt, sind 60-80 Personen bereits tot. Der Transport wird plötzlich von alliierten Fliegern angegriffen. Jepsen setzt am Bahndamm vier Wachposten ein, um jede Flucht zu verhindern. Mit seiner Geliebten I.B. (mit ihr hat er ein uneheliches Kind, obwohl er in Nordschleswig verheiratet war) versteckt er sich in einem nahe gelegenen Waldstück. Diejenigen Gefangenen, die die Bombenangriffe überleben, werden gejagt und wieder festgenommen; 250 Gefangene sind bei dem Angriff umgekommen. Sogar in der lokalen Zeitung wird nach einigen Gefangenen gesucht, denen unter diesen Umständen dennoch die Flucht geglückt ist. Die letzten Gefangenen werden noch ins KZ Bergen-Belsen gebracht. Wegen Typhus-Gefahr wird jedoch ihre sofortige Tötung beschlossen, 52 werden erschossen, sechs Gefangene

tötet Jepsen selber. Die Toten werden danach in einem Massengrab im Tiergarten von Lüneburg verscharrt.

Jepsen wird am 17. Juni 1945 festgenommen und mit der Gefangenenummer 3172 in der Baracke 124, Stube 8 im Faarhus-Lager eingesperrt. Von einem dänischen Gericht wird er zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, aber inzwischen tauchen weitere Zeugen auf und belasten ihn erneut. Am 2. November 1945 übernimmt das „War Crimes Investigation Team no. 3“ den Fall C 1477 (benannt „Lüneburg Train Massacre“) und sucht nun nach Tätern, in Deutschland aber auch in Dänemark. Ende Januar 1946 wird Jepsen in Dänemark gefunden, entlarvt, und via „Military Mission Denmark“ fordern die Briten seine Auslieferung. Die dänische Regierung ist zunächst nicht bereit, sondern fordert wegen dieses Verdachts erst eine Stellungnahme durch den Vertreter bei „United Nations War Crimes Commission“, Dr. jur. Hurwitz, doch hinter den Kulissen einigen sich Briten und Dänen darauf, dass Jepsen ausgeliefert wird. Sollte er jedoch zu weniger als vier Jahren Gefängnis verurteilt werden, dann werde er nach Dänemark zurückkehren können.

Ab 13. August 1946 steht Jepsen vor einem britischen Militärgericht zusammen mit zwei anderen Angeklagten, die sich alle drei nicht schuldig erklären. Die beiden anderen werden freigesprochen, Jepsen wird jedoch aufgrund der massiven Beweise am 23. August 1946 zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt. Seine Behauptung, er habe unter Zwang gehandelt, weist das Gericht als nicht glaubwürdig zurück.



Abb. 4 Gustav Alfred Jepsen, geboren am 1. Oktober 1908 in Hadersleben, 173 cm groß, mittelblondes Haar und blaue Augen. Polizeifoto, Hadersleben 1946

Jepsen tritt am 19. September 1946 im Zuchthaus Celle seine Strafverbüßung an, doch am 7. März 1947 muss er erneut vor das britische Kriegsgericht. Diesmal verhängt der Militär-Richter die Todesstrafe. Im KZ-Außenlager Wilhelmshaven, in dem Jepsen vorübergehend auch stellvertretender Kommandant war, werden ihm Morde und Misshandlungen von Gefangenen zur Last gelegt. Als Hauptzeuge tritt der dänische Konsul in Marseille William Carr auf, der wegen seiner Widerstandsarbeit in Frankreich von der Gestapo festgenommen und ins KZ eingeliefert worden war. Über Jepsen sagte er aus: „Ein brutaler Typ, der an den meisten Misshandlungen selbst beteiligt war.“ Auch andere Zeugen belasten ihn schwer. Jepsen gesteht, selbst den Lagerältesten bei einem Fluchtversuch erschossen zu haben. Nach dem Todesurteil am 7. März 1947 – zwei dänische Kriminalbeamte wohnen als Beobachter dem Prozess bei – hat er noch eine Frist von 48 Stunden, um gegen das Urteil Berufung einzulegen. Die Briten schreiben im März 1947 einen Brief an den dänischen Polizei-Offizier Karl Kirkegaard, in dem sie Jepsens Auslieferung an Dänemark anbieten, falls auf dänischer Seite daran Interesse bestehe. Aber die Antwort ist unmissverständlich: kein Interesse! Der dänische Justizminister wird eingeschaltet, aber die zuständige Staatsanwaltschaft rät dem Minister nicht zur Auslieferung des Todeskandidaten, „da er ohne Zweifel auch von einem dänischen Gericht zum Tode verurteilt werden würde.“ Auch eine Begnadigung wird von dänischer Seite nicht empfohlen. Am 20. Juni 1947 wird der „War Crimes Group North West Europe“ von dänischer Seite offiziell dieser endgültige Bescheid mitgeteilt, und bereits am 26. Juni wird die Todesstrafe vollstreckt. Jepsen wird in Hameln von den Briten gehängt. Bis vor wenigen Tagen stand der Name Gustav Jepsen im Ehrenhain auf dem Knivsberg, in den Volksgruppen-Unterlagen steht dazu: „gefallen in Hameln, 1947.“

Der Ehrenhain auf dem Knivsberg

Der Ehrenhain auf dem Knivsberg wurde 1962 durch die deutsche Minderheit errichtet, „zum Gedenken an die Gefallenen und Vermissten des Zweiten Weltkrieges.“⁷ 493 Namen wurden damals in den Ehrenhain aufgenommen. Später folgten noch Anträge für weitere 171 Namen auf Wunsch der Familienangehörigen von Vermissten und Personen, die als Folge des Zweiten Weltkrieges gestorben waren. Die Zahl der Namen auf dem Knivsberg lag also deutlich höher als die ursprünglichen 493, wobei allerdings einige Anträge von den damaligen Verantwortlichen abgelehnt worden sind.

Eine Frau aus Esbjerg, Dorthe Petersen, machte 1992 in einem Artikel in einer dänischen Zeitung darauf aufmerksam, dass sich unter den Namen im Ehrenhain auch eine Person befand, die dafür verantwortlich war, dass ihr Bruder,



Abb. 5
Gedenktafeln im
Ehrenhain auf dem
Knivsberg, 2006

Jens Thue Jensen, festgenommen und von der deutschen Besatzungsmacht hingerichtet wurde. Diese Person war nach 1945 von einem dänischen Gericht zu Tode verurteilt und hingerichtet worden, trotzdem war aber der Name im Ehrenhain Knivsberg zu finden.

Kurz nach der dänischen Presseveröffentlichung von 1992 folgte im Nordschleswiger unter der Überschrift „Volksgruppe überprüft Fehler im Ehrenhain“ eine BDN-Mitteilung, in der festgestellt wurde, „dass im Ehrenhain Namen registriert sind, die nicht der ursprünglichen Bestimmung dieser Gedenkstätte für die deutsche Minderheit entsprechen“ – Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeit in Dänemark während des Krieges nach Kriegsschluss von dänischen Gerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind. „Mit Betroffenheit“ habe man dies erst jetzt erfahren, bedauerte der BDN-Hauptvorsitzende Gerhard Schmidt.



Abb. 6 Gedenktafel mit dem Namen Carl Friedrich R. Heide im Ehrenhain auf dem Knivsberg

Drei Namen wurden von den Erinnerungstafeln im Ehrenhain gestrichen: Walter Heldtberg, Niels Riis und Hans Julius. Alle drei waren wegen Misshandlung und Denunziation von Dänen während der Besatzungszeit nach 1945 durch dänische Gerichte zum Tode verurteilt worden. Bemerkenswert ist dabei, dass dazu in den Volksgruppen-Unterlagen zum Ehrenhain unter „Gefallen“ folgende Angaben zu finden sind: „Walter Heldtberg, gefallen in Viborg 1947“ (tatsächlich hingerichtet am 9. April 1947 um 00.30 Uhr in der Plantage Undallslund bei Viborg), „Niels Riis, gefallen 1948 in Viborg“ (tatsächlich hingerichtet am 19. November 1948 um 01.45 Uhr in Undallslund bei Viborg), „Hans Julius, gefallen 1949 in Viborg“ (tatsächlich hingerichtet am 10. Mai 1949 um 01.00 Uhr in Undallslund bei Viborg). Weder der Tod von Heldtberg noch der von Riis fand in der Zeitung Erwähnung, zum Tode von Hans Julius erschien jedoch eine Familienanzeige im Nordschleswiger mit dem Text: „Hans / Nahmen sie uns, früh den 10. Mai 1949 / Hans ist eingeschlafen im Glauben an seinen Erlöser.“ Rückblickend kann man sich ja darüber wundern, dass (angeblich) keiner der Verantwortlichen für den Ehrenhain darüber gestolpert ist, dass diese Männer noch einige Jahre nach Kriegsende – ausgerechnet alle drei – „in Viborg gefallen“ sein sollen. Auch



Abb. 7 Gedenktafel nach der Löschung des Namens von Carl Friedrich R. Heide, 2010

deshalb verwunderlich, weil in einem anderen Fall, nachdem am 24. September 1948 in Kopenhagen die Todesstrafe gegen Johannes Konrad Ranschau vollstreckt worden war, unter dem Antrag Johannes Ranschau der interne Hinweis vorzufinden ist: abgelehnt!

Das deutsche Sekretariat Kopenhagen ließ 1992 beim zuständigen Historiker der dänischen Polizei noch einmal alle Namen im Ehrenhain überprüfen, doch in der Zentralkartei der Polizei wurde nach offiziellen Angaben nichts Kriminelles entdeckt. Auch nicht unter den Namen Jepsen und Heide. Mit Jepsen und Heide sind nun nach einem gemeinsamen Beschluss von BDN und Kameradschaftsverband Nordschleswig inzwischen fünf Namen im Ehrenhain gestrichen worden!

Epilog: Leitartikel des Verfassers im Nordschleswiger (27.11.2010)

Zunächst in eigener Sache. Als Chefredakteur dieser Zeitung ist einem in den letzten Jahrzehnten schon mal der eine oder andere Kommentar schwergefallen. Dieser Leitartikel ist vielleicht derjenige, der mir persönlich am meisten Bauch- und Kopfschmerzen bereitet hat. Und doch: Er muss geschrieben wer-

den, denn er handelt von einem besonders traurigen, grausamen Kapitel unserer deutschen Minderheit, die durch die deutsche Besetzung Dänemarks von 1940-1945 und durch den Zweiten Weltkrieg schon schwere innere und äußere Belastungen zu überstehen hatte. Eine deutsche Minderheit, der es nach dem Wiederbeginn vor nun 65 Jahren inzwischen gelungen ist, kraftvoll den demokratischen Weg zu gehen, hat heute auch die innere Kraft, die dunklen Kapitel der deutschen, auch der eigenen deutsch-nordschleswigschen Geschichte nicht (mehr) zu verschleiern, sondern offen anzugehen. Mitleid ist nicht gefragt, sondern schonungslose Aufklärung. Das, nur das, sichert künftig unseren Weg. Es geht um das neue Buch des dänischen Historikers Dennis Larsen, in dem dokumentiert wird, dass von 99 dänischen Staatsbürgern 44 aus der deutschen Minderheit in deutschen Konzentrationslagern tätig gewesen sind. Ein bisher (fast) unbekanntes Kapitel, noch dunkler als andere. Nun war, wie Dennis Larsen selbst betont, nicht jeder KZ-Wärter ein Verbrecher – es kommt eben auf den Einzelfall an, aber er hat Beweise geliefert, die besonders zwei Personen ganz schwer belasten. Wenn in diesem Zusammenhang in dänischen Zeitungen anklagend von der Minderheit die Rede ist, dann muss man still darauf hinweisen dürfen, dass die deutsche Minderheit durch ihre damalige Nazi-Führung keine Verbrechen organisiert oder gar befohlen hat – weder in KZs noch während der Besatzungszeit in Dänemark. Dies jedoch ist keine Entschuldigung dafür, dass die damalige NSDAP-N-Führung natürlich politisch-moralische, rechtliche Mitverantwortung dafür trägt, dass junge Mitglieder der deutschen Minderheit den Irrweg betraten, so einem verbrecherischen System zu erliegen. Alles mit der Vorgabe, volksgruppenpolitisch diese Opfer für das Deutsche Reich bringen zu müssen. Diese starke nationale Gesinnung wurde auch missbraucht, deshalb ist es bemerkenswert, dass die dänische Politik/Justiz bei der oft umstrittenen „Rechtsabrechnung“ sozusagen eine Gesinnungs-Klausel beim Strafmaß berücksichtigt hat; übrigens selbst in schlimmsten Fällen!

Nach 1945 hat die Volksgruppe versucht, beim demokratischen Wiederaufbau einen Bogen zwischen aufrechten Leuten wie Matthias Hansen und den eigenen Anhängern von Nazi-Deutschland zu schlagen. Das war schwierig, und ob alles damals, z. B. bei der Besetzung von Spitzenpositionen mit belasteten Ehemaligen, klug gewesen ist, muss – rückblickend – sehr bezweifelt werden. Der frühere Grenzlandredakteur von Radio Syd, Flemming Nielsen, hat jüngst in Sønderjyske Årbøger⁸ in Verbindung mit dem „Faarhus-Mythos“ einen Minderheiten-Angehörigen mit dem Satz aus dem Jahr 1995 zitiert: „Wir kämpften ritterlich und ordentlich. Die Verbrechen während dieses Krieges sind den Politikern zuzuschreiben, nicht den Frontsoldaten.“

Die Volksgruppe hat sich lange Zeit um eine Aufarbeitung dieser dunklen, bösen fünf Jahre gedrückt. Erst spät kamen die offiziellen Entschuldigungen der



Abb. 8 Gedenktafel mit dem Namen Gustav Jepsen im Ehrenhain auf dem Knivsberg

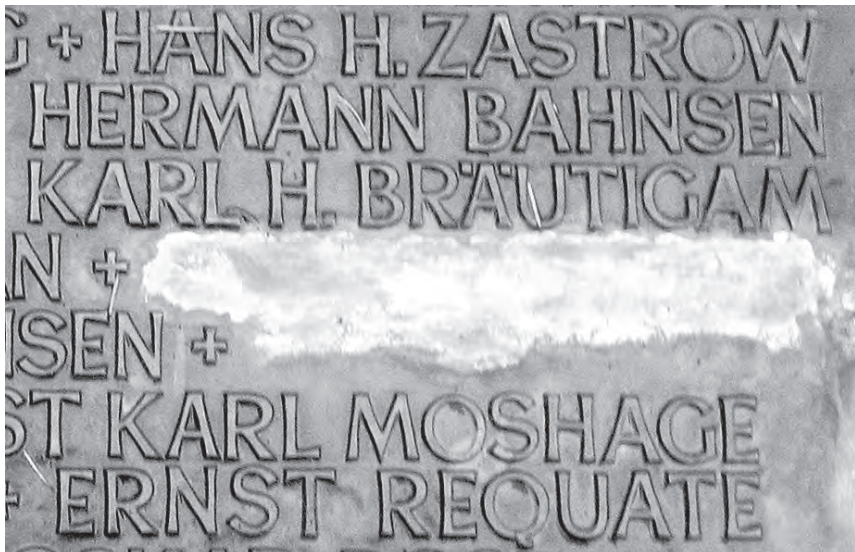


Abb. 9 Gedenktafel nach der Löschung des Namens von Gustav Jepsen, 2010

BDN-Hauptvorsitzenden Gerhard Schmidt und Hans Heinrich Hansen. Zu lange hatte man sich auch trügerisch der Hoffnung hingegeben, es habe nur wenige (schlimme) Ausnahmen gegeben; die Schurken seien doch wohl andere gewesen. Mit diesem Selbstschutz muss jetzt Schluss gemacht werden. Gewiss nicht im Sinne einer Kollektiv-Verurteilung aller deutschen Nordschleswiger, aber die belastenden Dokumente aus den KZs sind so grausam, dass man feststellen muss: Krieg ist immer grausam, und wir kennen nicht die Einzelheiten dieser blutigen Kämpfe. Es gab Erklärungen durch die Motivlage, sogar Entschuldigungen, aber wenn es um dokumentierte Kriegsverbrechen geht, dann muss man sich mit aller Kraft entschieden distanzieren.

Der Bund Deutscher Nordschleswiger hat gemeinsam mit dem Kameradschaftsverband erfreulich rasch gehandelt, als durch das Buch von Dennis Larsen neue, traurige Erkenntnisse vorlagen. Zwei „neue Namen“ sind nun auf den Tafeln des Ehrenhains Knivsberg getilgt worden. Insgesamt sind es inzwischen sogar fünf Personen, drei davon vor Jahren mit Namen von Personen, die von dänischen Gerichten nach 1945 zum Tode verurteilt waren. Hat das alles wirklich niemand gewusst? Wir können doch nicht im Ehrenhain stehen und der rund 750 Gefallenen und Vermissten, aber auch der Millionen Opfer des Zweiten Weltkrieges gedenken, wenn dabei gleichzeitig einiger Personen gedacht wird, die in den tiefsten Fallgruben der Unmenschlichkeit versunken waren. Die Namen sind zu löschen, aber ihre Taten sind nicht zu löschen: Sie bleiben in der Erinnerung als beschämendes Zeugnis der Vergangenheit – als Mahnung für die Zukunft!

Anmerkungen

- 1 Dennis Larsen, Fortrængt grusomhed. Danske SS-vagter 1941-45, København: Gyldendal 2010.
- 2 Besprechung des Buches von Dennis Larsen durch Bent Blüdnikow, in: Berlingske Tidende, 18.11.2010.
- 3 Claus Bundgård Christensen u.a., Under Hagekors og Dannebrog, o.O. 2002.
- 4 PET's overvågning af den yderste hørefløj 1945-1989. PET-kommissionens beretning, Bd. II, København 2009.
- 5 Interview mit Dennis Larsen, in: Information, 13.11.2010, S. 14 f.
- 6 Jens Martin Sørensen, I tysk kz-lejr. Tekst og tegninger fra Versen – Neuengamme, hrsg. v. Henrik Skov Kristensen, Hernov Forlag u. Frøslevlejrens Museum 2000.
- 7 Anna Buck, Öffentliches Gedenken im Wandel. Zur Erinnerungskultur der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, in: GFH 1/2007, S. 31-46; hier S. 35 ff.
- 8 Flemming Nielsen, Journalist i grænselandet, in: Sønderjyske Årbøger 2010, S. 115-152; hier S. 141.

„Das Mal“

Ansgar Nierhoffs Stele am ehemaligen Panzerabwehrgraben
in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

von UWE HAUPENTHAL

Im GFH 3/2010 (S. 203-236) hat der Historiker Dr. Jörn-Peter Leppien geschichtswissenschaftliche Forschungsergebnisse und didaktische Überlegungen zu einem groß angelegten Projekt beigeleitet, in dessen Mittelpunkt der von den Häftlingen des KZ Ladelund 1944 in Sklavenarbeit ausgehobene Panzerabwehrgraben entlang der deutsch-dänischen Grenze steht. Im November 2010 wurde im Rahmen der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund eine monumentale Skulptur des Kölner Bildhauers Prof. Ansgar Nierhaus der Öffentlichkeit übergeben. Der Kunsthistoriker Dr. Uwe Hauptenthal, Direktor des Richard-Haizmann-Museums Niebüll, charakterisiert im Folgenden das Werk des 2010 verstorbenen Künstlers und erleichtert interessierten Betrachtern den Zugang zu dem anspruchsvollen Kunstwerk am ehemaligen Panzerabwehrgraben in Ladelund. Voraussichtlich im GFH 3/2011 wird Dr. Willi Kramer vom Archäologischen Landesamt Schleswig-Holstein über die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Grabung berichten, die jüngst in unmittelbarer Nähe der Stele von Ansgar Nierhoff vorgenommen wurde.

Die Redaktion

Einführung

Eine mächtige Stele aus geschmiedetem Eisen, im Schnittpunkt zweier gegenläufiger Achsen. Mit diesen Worten ließe sich Ansgar Nierhoffs letzte große Arbeit mit dem Titel „Das Mal“ für die KZ Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund beschreiben. Erstmals thematisiert die Plastik durch ihre Lage an einem gegen Ende des Dritten Reiches angelegten und nach dem Kriege wieder verfüllten Panzerabwehrgraben den historischen Ort der Zwangsarbeit von über 2.000 KZ-Häftlingen. Darüber hinaus bezeichnet die Aufstellung der Stele die Kreuzung zwischen dem etwa einen Kilometer entfernten, in seinen Baulichkeiten nicht erhaltenen KZ Ladelund sowie den Gräbern der zwischen dem 1./2. November und dem 16. Dezember 1944 Ermordeten. Feldwege führen zu beiden Orten. Die größtenteils ausländischen Häftlinge, viele darunter aus der niederländischen Gemeinde Putten, hatten unter unsäglichen Qualen an der militärisch sinnlosen

„Riegelstellung“ südlich der dänischen Grenze Zwangsarbeit zu leisten. Mit Schaufeln und Spaten galt es, einen ca. vier bis fünf Meter breiten und mehr als drei Meter tiefen trichterförmigen Panzerabwehrgraben sowie Schützengräben und Geschützstellungen auszuheben. Dabei mussten die unterernährten Häftlinge während ihrer Arbeit oftmals über 11 Stunden im eiskalten Wasser stehen und die fortgesetzten Schläge der Aufseher, der sog. Kapos, ertragen.¹

Mit eindrücklichen Worten beschrieb der Ladelunder Pastor Johannes Meyer in der Kirchenchronik den Zug der Gefangenen kurz nach Einrichtung des Lagers: „Aus den Augen sprach Verzweiflung und noch einmal Verzweiflung. [...] Sie gingen nicht, sie wankten. Sehr viele waren derart erschöpft, dass sie nicht mehr imstande waren, allein zu gehen. Sie hatten sich untergehakt und so stützte einer den andern. So schlich dieser Zug der Elenden dem Lager zu.“²

Ein Bild des Grauens, das nicht nur jegliche Vorstellungskraft übersteigt, sondern auch der heutigen Auseinandersetzung mit dem Geschehen eindeutige und unmissverständliche Vorgaben macht und, mit Blick auf die Entwicklung der Kunst in den letzten 50 Jahren, eine abbildlich gebundene Motivik von vornherein ausschließt. Worum es demnach mit Blick auf die Geschichte des Ortes geht, ist die Herstellung eines allgemeinen, historisch begründeten Rahmens, innerhalb dessen sich die humanistische Verpflichtung des Gedenkens ereignen kann.

Die Aufstellung der Stele von Ansgar Nierhoff trägt gerade diesem Zweck Rechnung, indem sie einen tiefen und nachhaltig wirkenden Eingriff in das vorhandene Areal und nachmalig dessen neuerliche Austarierung fordert. So hat das Gebäude der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund seine angestammte, für den Besucher etwas randständig-unklare Lage zu Gunsten einer direkten Einbindung in die historische Topographie verändert. Zweifelsohne für die engagierte Vermittlungsarbeit der Gedenkstätte ein enormer, weil erstmals unmittelbar authentisch gerechtfertigter Gewinn, der im Übrigen durch die Leitung der Gedenkstätte seit Jahren angestrebt wurde. Vermittelt doch die Stele als „Landmarke“ (Nierhoff) nunmehr zwischen den Gräbern, der Gedenkstätte und dem ehemaligen Panzerabwehrgraben, einem verbürgten Ort des verbrecherischen Geschehens. Der Panzerabwehrgraben selbst wurde in diesem Frühjahr in unmittelbarer Nähe zu Nierhoffs Stele durch das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein auf einer Länge von ca. 30 Metern wieder geöffnet. Das entsprechende Gelände wurde durch die Kirchengemeinde Ladelund erworben.

Sehr wahrscheinlich, dass der Besucher sich nunmehr, nach der Besichtigung der ständigen Ausstellung in der Gedenk- und Begegnungsstätte, zuerst zu den nahegelegenen Gräbern begibt, um anschließend auf einem etwa 200 Meter langen Feldweg, der zu einem Meditationsweg geworden ist, den schon von Ferne durch Ansgar Nierhoffs monumentale Stelenform markierten ehemaligen Panzerabwehrgraben aufzusuchen.



Abb. 1 Die Stele von Ansgar Nierhoff als „Landmarke“ am ehemaligen Panzerabwehrgraben. Blick nach Norden vom Weg zwischen KZ-Gedenkstätte und ehemaligem Lagerplatz

Ansgar Nierhoff (1941-2010)

Hervorgegangen ist Ansgar Nierhoffs „Mal“ aus einem beschränkten Wettbewerb, den die Kommission für Kunst im öffentlichen Raum des Landes Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr nach eingehender Diskussion mit den verschiedensten Gremien ausschreiben konnte. Es ist dies eine Arbeit, deren Fertigstellung der Künstler nicht mehr erlebt hat, wenngleich alle Vorarbeiten abgeschlossen waren, als er im August 2010 plötzlich verstarb.

Anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Gedenkstätte Ladelund wurde die Plastik in einem bewegenden Festakt am Volkstrauertag, dem 14. November 2010, im Beisein zahlreicher Gäste feierlich enthüllt und der Öffentlichkeit übergeben.

Mit Ansgar Nierhoff wurde ein Künstler gewonnen, der sich in seinem Werk mehrfach mit vergleichbaren Themenstellungen auseinandergesetzt hatte, so in Wettbewerben für den Frankfurter Börneplatz und in Hamm an der zerstörten Synagoge. Überhaupt bildete die künstlerische Arbeit für den öffentlichen Raum in Nierhoffs Schaffen eine werkbestimmende Größe. Das im Jahre 2006 heraus-



Abb. 2
Ansgar Nierhoff

gegebene Werkverzeichnis der öffentlichen Plastik des Künstler listet bereits weit über 60 realisierte Skulpturen in zahlreichen deutschen Städten auf. Stellvertretend sei an dieser Stelle nur auf die Installationen im Außenbereich des ehemaligen Bundesministeriums für Post und Telekommunikation sowie des Bundesministeriums der Verteidigung in Bonn, auf die raumgreifende Skulpturenanlage „Die Bastion“ vor der Staatsbibliothek in Berlin sowie auf die plastische Anlage auf dem Salzmarkt in Essen verwiesen.³ Unbestritten die Erfolgsgeschichte eines deutschen Künstlers, die vor vier Jahrzehnten ihren Anfang nahm.

Geboren wurde Ansgar Nierhoff 1941 im westfälischen Meschede. Er studierte zwischen 1964 und 1969 bei Norbert Kricke, Joseph Fassbender und Eduard Trier an der Düsseldorfer Kunstakademie. Zahlreiche Auszeichnungen und Stipendien, darunter der Villa-Romana-Preis in Florenz und derjenige der Villa Massimo in Rom, aber auch der Deutsche Kunstpreis der Jugend, der Wilhelm-Lehmbruck-Förderpreis der Stadt Duisburg und der Kunstpreis Junger Westen, erwiesen sich als Karriereschub. Überhaupt erfuhr Nierhoffs künstlerischer Weg nach außen hin keine großen Einbrüche. Seine Arbeiten waren 1977 auf der „documenta 7“ in Kassel sowie in vielen deutschen Museen zu sehen. 1988 wurde er in die Berliner Akademie der Künste berufen. Über beinahe zwei Jahrzehnte lehrte Nierhoff als Professor für Bildhauerei an der Akademie für bildende Künste der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. 2000 erhielt er den August-Macke-Preis seiner Heimatstadt Meschede, 2004 den Kunstpreis des Landes Rheinland-Pfalz für Bildhauerei.

Nierhoff selbst umriss sein künstlerisches Credo mit den Worten: „Meine Skulptur ist nicht die schnelle Idee und windschnittige Form. Skulptur ist Handlungsprozess: von meiner Geschichte, meinen Erlebnissen und den Zwängen, aus denen ich mich und meine Arbeiten – ein Stückchen zu befreien suche. Dabei wende ich heutzutage mit Schmieden, Brennen, Bohren, glühend Abschlagen, Sägen, Recken, Stauchen und Absetzen die gleichen Methoden an, die auch die Hersteller schweren Geräts, schwerer Maschinen oder für Konstruktionen gebrauchen.“⁴

Im Wissen um die emanzipatorisch befreiende Kraft eines plastisch begründeten Prozesses verband Nierhoff die Pole des Konzeptuellen und des Formalen, des Gedachten und des tatsächlich Ausgeführten, als Teile eines auf diese Weise erschlossenen größeren Ganzen. Es ist die minimalistische, in ihrem Bestand auf das Äußerste reduzierte Form, aber auch die besondere Aura des geschmiedeten Eisens, eben die in einem verdichtenden Prozess aus der Materie abgeleitete Form, die eine unmittelbare Offenheit gegenüber dem konkreten



Abb. 3
Fachgerechte Platzierung
der 7,5 m hohen und
29 t schweren Stele
in Ladelund, 10.11.2010

Anlass der Werksetzung bedingt. Mag man darin auch ein gewisses Maß an Pathos erkennen, so erscheint dieses doch keineswegs von außen im Sinne des Allegorischen oder des Religiös-Symbolischen angetragen und begrifflich gebunden. Nierhoffs Werkbegriff schließt solches Unterfangen von vornherein aus und verfolgt stattdessen eine emanzipatorisch-gegenläufige Strategie. So initiiert er vermittels der plastisch begründeten Beschränkung auf den als absolut erachteten Formbestand eine inhaltlich unverstellte Auseinandersetzung mit den historischen Fakten und hält im Umkehrschluss denkbaren inhaltlichen Assoziationen eine darüber hinausgehende, entgrenzte Position entgegen.

„Das Mal“ in Ladelund

In diesem Sinne bezeichnet die Stele in Ladelund vor allem einen neutralisierenden, dadurch jedoch vermittelnden Freiraum. Die künstlerisch begründete Erinnerung kann an einem derart belasteten Ort wie dem einer KZ-Gedenkstätte folglich im Sinne Ansgar Nierhoffs nur dann gelingen, wenn die Verbindung zwischen der Historie und der plastischen Übersetzung auf eine konkrete inhaltliche Fixierung verzichtet, freilich ohne sich zugleich auf nebulöse Allgemeinplätze zurückzuziehen. Es ist dies zugegebenermaßen ein Spagat, der nur dann zu überzeugen vermag, wenn die plastische Setzung als solche einen in jedwedem Sinne überragenden Anspruch formuliert.

Auch mit Blick auf die heterogene Bebauung der Umgebung kein leichtes Unterfangen, wenngleich es sich, bezogen auf Nierhoffs plastisch-konzeptuelle Position, unversehens als Glücksfall erweist. Denn in unmittelbarer Nähe zur KZ-Gedenkstätte befinden sich nicht nur die von einem Friedhof umgebene Kirche von Ladelund, sondern auch ein riesiger Getreidesilo sowie weitere Wirtschaftsgebäude, während die gegenüberliegende Seite landwirtschaftlich genutzt wird. In diesem Zusammenhang sei noch einmal explizit auf die unterschiedlichen Entfernungen zwischen der Gedenkstätte und den Gräbern der Häftlinge als einem Komplex sowie, als weitere Abschnitte, auf Nierhoffs Stele mit dem angrenzenden Panzerabwehrgraben und auf das nur in seinen Umrissen noch erkennbare ehemalige Lagergelände verwiesen. Dieses wird heute landwirtschaftlich genutzt. Am Rand des Geländes errichteten 2002 gehörlose Jugendliche aus dem Theodor-Schäfer-Berufsbildungswerk Husum im Rahmen eines pädagogischen Projektes eine figural-abbildliche Stahlskulptur. Darüber hinaus erinnert ein Gedenkstein mit der Inschrift „Die Würde des Menschen ist unantastbar / KZ Neuengamme / Aussenkommando / Ladelund / Nov.-Dez. 1944“ an den Ort des Geschehens.

Durch Nierhoffs Stele erfolgt nunmehr eine konzeptuelle Vereinheitlichung der vorgefundenen Umgebung. Diese ereignet sich auf der Basis einer gewach-



Abb. 4 Feierliche Enthüllung der Stele am 14.11.2010

senen Erinnerungskultur und hat ihren bindenden Fixpunkt im Besucher der KZ-Gedenkstätte. Nierhoff: „Ich stelle meine Skulpturen nicht einfach irgendwo hin. Es spielen Höhe und Proportion und Abstände für die dadurch bestimmte Wahrnehmung eine entscheidende Rolle. Und dass die Teile eines Ganzen in einem Umfeld aufeinander bezogen sind: Es trägt alles dazu bei, mit sich selbst Erfahrungen zu machen.“⁵

In ihrer bedingungslos vorgetragenen plastischen Konzentration tritt die Stele dem Betrachter entgegen, freilich ohne dass sie in ihrem Erscheinungsbild oder in ihrer Dimension an dessen plastisches Körperempfinden gebunden ist. Mit einer lichten Höhe von 7,50 m erzeugt die Stele eine Präsenz, die sich ebenso zusammenzieht und die plastischen Kräfte gleichermaßen nach innen wie nach außen richtet. Unter Vermeidung eines Sockelmotivs bestimmen sie ein Kernvolumen, das ohne statisch sichtbare Bindung im Raum schwingt, das über sich

hinausweist und jegliche vorgegebene Begrenzung überwindet. Folglich ist es die unmittelbare und elementar erachtete Erfahrung der Senkrechten, aus der heraus Ansgar Nierhoffs plastische Konzeption eines „Mals“ erwächst.

Die Sichtbarmachung des plastischen Prozesses übernimmt in diesem Zusammenhang die konzeptuelle Funktion eines Rückhaltes. In diesem Sinne steht Nierhoffs skulpturale Setzung nicht nur für eine sinnlich emotionalisierte existenzielle Selbsterfahrung, sondern sie vermittelt darüber hinaus den Bezug zu dem vom Besucher „gewussten“ historischen Anlass und den ethisch-moralischen Verstrickungen. Sie aber können nicht länger als etwas endgültig Vergangenes abgetan werden, sondern bleiben vielmehr im „wissenden und physisch vergegenwärtigenden“ Gedächtnis.

In diesem Zusammenhang kommt Nierhoffs Plastik eine Brückenfunktion zu. Man stelle sich zunächst das rotglühende Material Eisen vor, das unter einem schweren Hammer so lange geschmiedet wird, bis es seine gültige Form gefunden hat. Ein Verfahren, das nicht nur hohes technisches Können und Einfühlungsvermögen der beauftragten Schmiede voraussetzt, sondern vor allem auch die zeitliche Dimension der Ausführung mit einschließt. Nicht zuletzt ist der Prozess als solcher an der Oberfläche der Stele und ihren vertikalen Schmiedespuren ablesbar. Stereometrische Strenge wird indes von vornherein vermieden, was dazu führt, dass die plastische Oberfläche wie die Außenkontur leicht unregelmäßig erscheinen. In diesen Schwingungen lässt sich ebenso der Herstellungsprozess nachvollziehen als auch eine plastisch begründete Verlebendigung, die der großen Form alles Unnahbare nimmt. Und mehr noch: Der Betrachter fühlt sich angehalten, um die Stele herumzugehen und sie von allen Seiten zu betrachten. Gerade dadurch wird sie jedoch als wirkliche dreidimensionale Form erfahrbar. Alle diese plastischen Beobachtungen sind in eine dunkle, formvereinheitlichende Patina eingebunden, die im Übrigen wetterfest ist, so dass die Stele ihr ursprüngliches Erscheinungsbild dauerhaft bewahren wird.

Unbestritten fordert das Erscheinungsbild der Stele den aufmerksamen Betrachter, dem somit ein aktiver, emanzipatorischer Part zufällt, den Nierhoff im Übrigen selbst immer wieder hervorgehoben und auf die lakonische Formel „Ich halte Betrachter von Kunstwerken für a priori interessiert und klug“⁶ gebracht hat. Will heißen: Nierhoff setzt eine plastische Markierung und stellt neuerliche, überaus stark anmutende Relationen her, innerhalb deren eine intellektuelle wie eine emotionale Auseinandersetzung stattfinden kann, ja sogar der Vorstellung physischer Nähe Raum gegeben wird, wie sie nicht zuletzt durch Pastor Meyer in seinen Schilderungen vorgegeben wurde.

Durch die Öffnung des Panzerabwehrgrabens in unmittelbarer Nähe erschließt sich dem Besucher eine gegenläufige, bedrückend enge Erfahrung. Ihr steht die zwingende Höhe des „Mals“ von Ansgar Nierhoff entgegen. Eine befreiende,



Abb. 5 „Das Mal“ von Ansgar Nierhoff in Ladelund, 30.4.2011

weil räumlich öffnende, entgrenzende Wirkung, weit intensiver noch als bei der ersten Begegnung.

Motivisch lassen sich beim Anblick der Stele zahlreiche Vergleiche ziehen. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die steinzeitlichen Menhire, an die ägyptischen Obeliske oder an Constantin Brancusis „Endlose Säule“. Obwohl sie aus gänzlich unterschiedlichen Zeiten und kulturellen Zusammenhängen stammen, geben diese Bezüge entscheidende Hinweise. Bezeichnen sie doch plastische Setzungen, die über sich selbst und damit auch über den konkreten Augenblick hinausweisen.

Zuvorderst aber hat Ansgar Nierhoffs mit seiner Plastik ein Fanal geschaffen, in dem sich Menschlichkeit gegenüber der Willkür politisch-ideologischer Barbarei behauptet. Dieses „Mal“ verdeckt nichts und klagt fortgesetztes Erinnern im Sinne der Humanität ein. Wir alle fühlen uns den gequälten Häftlingen dauerhaft verpflichtet und dürfen ihr Leid und ihre Not nicht vergessen, egal welcher Weltanschauung und welcher Religion wir uns verbunden fühlen. Im Schicksal der Gefangenen und Ermordeten des Dritten Reiches haften wir in Deutschland und Europa für Menschlichkeit. Dieses vor allem fordert Ansgar Nierhoffs „Mal“ auf eine stille und nachhaltig wirkende Weise.

Anmerkungen

- 1 Jörn-Peter Leppien hat in seinem Aufsatz, Sklavenarbeit für den „Endkampf“. Die „Grenzstellung“ 1944/45 und das KZ Ladelund, in: Grenzfriedenshefte 3/2010, S. 203 ff. eine umfassende Gesamtdarstellung vorgelegt. Dieser Aufsatz, der im Übrigen auch mit neuesten historischen Forschungsergebnisse aufwartet, bildet den unverzichtbaren Hintergrund der nachfolgenden Ausführungen.
- 2 Zit. nach ebenda S. 221.
- 3 Vgl. dazu Justus Jonas (Hrsg.), Ansgar Nierhoff. Zu einem, aus einem. Skulptur im öffentlichen Raum, Heidelberg 2006, S. 283 ff. Vgl. zum Schaffen Ansgar Nierhoffs auch Magdalena M. Moeller (Hrsg.), Ansgar Nierhoff. Skulpturen und Zeichnungen 1977-1985, Stuttgart 1985 und Georg-W. Költzsch (Hrsg.), Ansgar Nierhoff. Eisenzeit, Köln 1988.
- 4 Ansgar Nierhoff 1989 in einem Interview mit Udo Liebelt für das Sprengel Museum Hannover, hier zit. nach Hans M. Schmidt, Ansgar Nierhoff. Material, Prozeß und Potential, in: Künstler. Kritisches Lexikon der Gegenwartskunst, Ausg. 12, München 1990, S. 14.
- 5 Ebenda S. 15.
- 6 Ebenda S. 15. In gleicher Weise äußerte sich Nierhoff in einem Gespräch mit dem Verfasser am 19. Februar 2010.

„The Streets of Voluntariness“

Einführung in ein Seminar der „Jugend Europäischer Volksgruppen“ (JEV)

von HENRIK BECKER-CHRISTENSEN

100 Jugendliche aus den autochthonen Minderheiten in 22 Ländern folgten in der Osterwoche 2011 der Einladung des Jugendverbandes der dänischen Minderheit in Südschleswig, Sydslesvigs danske Ungdomsforeninger (SdU), in das Schulungs- und Kongresszentrum Christianslyst (Angeln) zu einem Seminar mit dem Titel „The Streets of Voluntariness“ („Die Straßen der Freiwilligkeit“). In dem von der EU proklamierten „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit“ ging es darum, Mitglieder der „Jugend Europäischer Volksgruppen“ (JEV) durch Gespräche mit Vertretern aus Politik und Minderheitenorganisationen beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und durch den Kontakt untereinander, z.B. bei interaktiven Workshops, in ihrem freiwilligen Einsatz für ihre Minderheit zu bestärken. In seiner Einführungsrede zu dem Seminar, die wir im Folgenden wiedergeben, hebt der dänische Generalkonsul in Flensburg Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen den unverzichtbaren Wert des ehrenamtlichen Einsatzes, gerade Jugendlicher, für den Erhalt der Minderheiten hervor, wobei er als Historiker auch auf die geschichtliche Entwicklung der Minderheitenpolitik und des Vereinslebens eingeht.

Die Redaktion

Minderheitenpolitik als dynamischer Prozess

Zunächst möchte ich ein paar Worte zu meiner eigenen Beziehung zu den autochthonen (alteingesessenen) nationalen Minderheiten sagen. Denn die haben hier im deutsch-dänischen Grenzland eine wesentliche Rolle in einem Großteil meines Lebens gespielt – davon 22 Jahre beim Institut für Grenzregionforschung in Apenrade nördlich der Grenze und 12 Jahre als dänischer Generalkonsul in Flensburg. Das hat mir die Gelegenheit geboten, mich mit Minderheitenfragen sowohl als Wissenschaftler als auch als Diplomat zu beschäftigen. In der letztgenannten Eigenschaft wirke ich jetzt in der täglichen Praxis als Vertreter des dänischen Staates gegenüber der dänischen Minderheit.

Wenn ich an die inzwischen vergangenen Jahre zurückdenke, erinnere ich mich noch deutlich an meine erste Begegnung mit den autochthonen nationalen Minderheiten auf der internationalen Bühne. Es war bei einem Kongress, den die

Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen 1977 in Kärnten abhielt. Dort erfuhr ich nicht nur viel über die Slowenen in Kärnten und andere autochthone nationale Minderheiten, sondern bekam auch einen lebendigen Eindruck unserer eigenen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland. Es beeindruckte mich ganz besonders, als mir klar wurde, dass sie auf dem Kongress in Kärnten schon eng zusammenarbeiten konnten, aber dass dieselben Personen von den beiden Minderheiten einander erstaunlicherweise nicht mehr richtig kannten, je mehr sie sich auf der Rückfahrt dem deutsch-dänischen Grenzland näherten. Das spiegelte die reservierte Haltung wider, die die beiden Minderheiten damals noch gegenüber einander hatten. Aber das hat sich ja glücklicherweise seitdem entscheidend geändert.

Dieser Einstellungswechsel war ein Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit – zunächst in Westeuropa und jetzt in einem vereinten Europa. Aber Dänemark und Deutschland trugen auch selbst aktiv hierzu mit jener Minderheitenpolitik bei, die jahrelang als das deutsch-dänische Minderheitenmodell bekannt gewesen ist. Der Ausgangspunkt dafür waren die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 über die Rechte der dänischen und der deutschen Minderheit. Im Laufe der Jahre sind viele andere Bestimmungen zugunsten der beiden Minderheiten hinzugekommen. Es hat somit eine dynamische Entwicklung der Minderheitenpolitik gegeben. Und das hat, wie wir hier zu sagen pflegen, bedeutet, dass wir uns von einem „Gegeneinander“ zu einem „Miteinander“ bewegt haben – sowohl zwischen Minderheit und Mehrheit beiderseits der Grenze als auch zwischen den Mehrheiten über die Grenze hinweg.

Ich will hier nicht in Einzelheiten gehen, aber der guten Ordnung halber möchte ich erwähnen, dass die Bäume im Minderheitenbereich auch nicht in den Himmel wachsen. Das betrifft aktuell die schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik, wo jene Gleichberechtigung, die 1985 zwischen den Schulen der dänischen Minderheit und den öffentlichen Schulen eingeführt worden war, letztes Jahr aufgehoben wurde. Es ist von einer Reduzierung der Schülerzuschüsse des Landes Schleswig-Holstein von 100 Prozent auf 85 Prozent entsprechend 4,7 Mio. Euro die Rede.

Die Bundesregierung in Berlin hat als Kompensation für 2011 einen besonderen Zuschuss an die dänischen Schulen gewährt, aber wir stehen – nach vorn schauend – mit dänischen Augen betrachtet weiterhin vor einem ungelösten Problem in diesem Bereich.

Ihr, die ihr heute hier versammelt seid, habt sicherlich einen sehr unterschiedlichen Hintergrund. Wenn Ihr der dänischen und der deutschen Minderheit genauer auf die Finger schaut, werdet ihr feststellen, dass sie in einem europäischen Zusammenhang betrachtet – im Vergleich mit anderen nationalen Minderheiten – gut ausgestattet sind mit eigenen Schulen, Kindergärten, Büchereien usw. Das



Abb. 1 Die 100 Teilnehmer aus 22 Ländern am Jugendseminar „The Streets of Voluntariness“ in Christianslyst

verleitet bisweilen Vertreter aus der einen oder der anderen Mehrheitsbevölkerung dazu, diesen Punkt hervorzuheben.

Aber auch hier gilt die alte Regel, dass man in Europa nicht Minderheit mit Minderheit vergleichen soll, sondern vielmehr Minderheit mit Mehrheit in den betreffenden geographischen Räumen. An diesem Maßstab gemessen, gibt es vielerorts noch eine Wegstrecke zu bewältigen, bevor volle Gleichberechtigung und Gleichstellung erreicht ist. Jede Erfahrung besagt, dass es letztendlich die autochthonen nationalen Minderheiten selbst sind, die aktiv werden müssen, um diese Entwicklung zu fördern. Sie kommt nicht von selbst. Das setzt natürlich voraus, dass die betreffenden Minderheiten intakt bleiben und dass sie es vermögen, sich selbst zu erneuern.

„The Streets of Voluntariness“

Und mit dieser Feststellung bin ich zum Hauptthema dieses Seminars gelangt, das die Überschrift erhalten hat: „The Streets of Voluntariness“. Der Hintergrund dafür ist bekanntlich, dass die Europäische Union 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit“ erklärt hat.

Damit kommt jener Einsatz in den Fokus, den viele Menschen zugunsten der Gesellschaft leisten, in der sie leben. Das kann im Bereich des Sports, von Ver-



Abb. 2 „Grenzüberschreitende Mini-Olympiade“: Kennenlernen der Teilnehmer, hier beim Tanz

einen, der Krankenhäuser sowie in sozialen und sonstigen Zusammenhängen sein. Als Ganzes betrachtet ist das freiwillige Engagement von großer Bedeutung dafür, dass das gesellschaftliche Leben funktionieren kann.

Das gilt auch für die autochthonen nationalen Minderheiten überall in Europa. Aber hinzu kommt, dass ein freiwilliger Einsatz hier zur Gewährleistung der eigenen Zukunft entscheidend ist. Es ist deshalb aus gutem Grund so, dass die freiwillige Arbeit und ihre Bedeutung eines der Hauptthemen dieses Seminars ist. Anlässlich des heutigen Tages möchte ich – ganz kurz – die freiwillige Arbeit in einen historischen Rahmen setzen, ausgehend von den Erfahrungen, die wir in Dänemark gemacht haben. Ich möchte hier mein Augenmerk auf einen Aspekt der freiwilligen Arbeit richten – nämlich deren Bedeutung für die Vereinsbildung und die Arbeit, die daraus entspringt.

Zunächst muss ich jedoch die Bemerkung vorwegschicken, dass es – selbstverständlich – zu jeder Zeit freiwillige Arbeit in irgendeiner Form gegeben hat. Aber erst, als der Staat oder der regierende Fürst Raum für ihre Entwicklung gewährte, konnte sie sich formieren und eine Rolle im gesellschaftlichen Aufbau spielen. Dieser Prozess war eng mit der Vereinsbildung verbunden – also mit dem Phänomen, dass sich Menschen zu Gruppen zusammenschließen, um gemeinschaftlich für ein bestimmtes Ziel zu arbeiten oder eine oder mehrere Interessen zu pflegen.



Abb. 3 „Exchange Market“: Präsentation der Minderheitenorganisationen, mit Kostproben von Delikatessen aus ihrer Heimatregion

In Dänemark entstanden die ersten Vereine im Laufe des 18. Jahrhunderts. Sie hatten damals typischerweise eine gesellschaftliche oder fachliche Zielsetzung, die nicht im Gegensatz zur absoluten Regierungsform stand.

Aber im 19. Jahrhundert – und insbesondere nach der Einführung einer freien Verfassung 1849 – wurde die Vereinsform, die von der freiwilligen Arbeit getragen wurde, die vorherrschende Organisationsform in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Viele Vereine waren damals wie heute nur auf örtlicher Ebene tätig, ihnen allen gemeinsam war aber, dass sie in der Regel demokratisch aufgebaut waren. Sie waren damit Brutstätten für die Teilnahme an der kommunalen Selbstverwaltung – und damit der Demokratie als Regierungsform.

Hinzu kommt, dass die Vereine durch den freiwilligen Einsatz eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Funktionen wahrnehmen, die weit über das hinausreichen, was die öffentliche Hand zu leisten vermag. Kurz gesagt: Sie sind unentbehrlich. Jedoch nicht unverwundbar.

In Dänemark – wie vermutlich auch vielerorts sonst in Europa – gipfelte die Vereinsbildung und deren Rückhalt in den 1950er Jahren. Seitdem – und vor allem in den letzten Jahren – gibt es Anzeichen für eine gewisse Rückläufigkeit. Das hängt sicherlich mit der sonstigen gesellschaftlichen Entwicklung zusammen –

darunter die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, wo sowohl der Mann als auch die Frau erwerbstätig sind. Sie verwenden auch mehr Zeit für den Weg von und zur Arbeit. Und in der Freizeit ist die Konkurrenz seitens des Fernsehens und anderer Medien sowie von sonstigen Aktivitäten groß.

Was ist dann mit den autochthonen nationalen Minderheiten? Ja – für sie ist die Vereinsbildung und die freiwillige Arbeit alles entscheidend. Wo sich die Mehrheitsbevölkerung an jene Leistungen anlehnen kann, die von der öffentlichen Hand angeboten werden – und die noch um eine Palette von Vereinen und ehrenamtlichen Tätigkeiten ergänzt werden –, können viele autochthone nationale Minderheiten buchstäblich nur auf sich selbst bauen. Da kann es ja interessant werden, in den nächsten Tagen darüber zu debattieren, ob der Rückhalt der Vereinsarbeit und der sonstigen freiwilligen Arbeit bei den autochthonen nationalen Minderheiten derselben Tendenz folgt wie in der Mehrheitsbevölkerung oder ob man dort dafür motivierter ist, eine Verantwortung für das eigene Schicksal auf Wegen der Gemeinschaft zu übernehmen.

Auf jeden Fall geht es hier darum, dass es junge Menschen gibt, die willens sind, sozusagen die Stafette von der älteren Generation zu übernehmen und mit freiwilliger Arbeit zur Gewährleistung der Zukunft der Minderheit beizutragen. Soweit ich es habe spüren können, ist es ein Zeichen der Zeit, dass junge Leute sich heute gern in der freiwilligen Arbeit engagieren, aber dass es oftmals eher die Projektform ist, die sie anspricht – also eine konkrete begrenzte Aufgabe, die gelöst werden muss – anstatt der langwierige Arbeitsprozess als Vorstandsmitglied oder ähnliches in einem Verein. Da die Vereinsform ein Teil des Fundaments der Tätigkeit der autochthonen nationalen Minderheiten ist, stehen heutige und künftige Generationen damit vor einer großen Herausforderung. Das unterstreicht die Bedeutung dieses Seminars. Das Seminar zeigt aber auch, dass ihr die Herausforderung angenommen habt.

Das gilt nicht zuletzt für die Jugend Europäischer Volksgruppen, die nun schon jahrelang in einem internationalen Zusammenhang zur Erhaltung und Entwicklung der Kultur, Sprache und Rechte der Minderheiten beigetragen hat. Die Jugend Europäischer Volksgruppen ist damit selbst ein Beweis dafür geworden, dass die freiwillige Arbeit nützen kann.

Damit ein großer Dank für euren Einsatz. Gleichzeitig auch ein Dank an den SdU und dessen Organisationsteam, die sich der praktischen Arbeit bei der Organisation dieses Seminars angenommen haben.

Dänemark führt neue Grenzkontrollen ein

Beherrschendes Thema in den Medien nicht nur des Grenzlandes war im Mai und Juni der Beschluss der dänischen Regierung, zehn Jahre nach Inkrafttreten des Schengener Abkommens in den fünf skandinavischen Ländern wieder permanente Grenzkontrollen einzuführen. Damit setzte die rechtspopulistische Dansk Folkeparti eine Forderung durch, mit der sie zuvor immer wieder gescheitert war. Am 11. Mai 2011 kam es in Kopenhagen jedoch zu einer Übereinkunft, nach welcher an den dänischen Außengrenzen erneut permanente Kontrollen durch den Zoll eingeführt werden sollten. Die Absprache ist Teil einer Agenda 2020, mit welcher die liberal-konservative Regierung unter Staatsminister Lars Løkke Rasmussen vor allem finanzpolitisch die Weichen für das kommende Jahrzehnt stellen möchte. Im Gegenzug stimmte Dansk Folkeparti einer Anhebung des Rentenalters und deutlichen Einschränkungen bei der Vorruhestandsregelung (Efterløn) zu. Doch auch die beiden größten Oppositionsparteien, Socialdemokratiet und Socialistisk Folkeparti, stimmten der Aufstockung des Zollpersonals zunächst zu. Lediglich die sozialliberale Radikale Venstre und die Liberal Alliance lehnten dies von vornherein ab.

Die Frage nach festen Grenzkontrollen war seit Beginn der Verhandlungen um die Agenda 2020 wieder ein zentrales Thema in den dänischen Medien geworden, zumal Dansk Folkeparti anlässlich des 10. Jahrestages der Grenzöffnung mit einer landesweiten Plakataktion mit der Überschrift „Der skal være en grænse“ (als bewusste Verschärfung der verbreiteten Redewendung „Der må være en grænse“ im Sinne von „Irgendwann muss auch einmal Schluss sein“) auf sich aufmerksam gemacht hatte. Auf einem der Plakate war Parteichefin Pia Kjaersgaard vor einer Dänemark-Karte und einem sich senkenden Schlagbaum zu sehen. Der politische Kommentator von Berlingske Tidende (28.4.2011) wies darauf hin, dass die erneute Forderung im Zuge der Verhandlungen um die Agenda 2020 ein wichtiger strategischer Zug sei, um sich mit einer großen Wertefrage in Szene zu setzen, da die DF dazu gezwungen sei, der Regierung in Fragen der Kürzung sozialer Leistung und der Anhebung des Rentenalters entgegenzukommen, womit man viele eigene Wähler treffen werde. Tatsächlich beherrschten zunächst die sozialpolitischen Themen die öffentliche Diskussion, und hier konnte Staatsminister Lars Løkke Rasmussen mit der Zustimmung zu seinen umfangreichen Reformplänen einen großen Erfolg verbuchen, zumal er hierfür auch Unterstützung durch die sozialliberale Radikale Venstre erhielt, die bisher meistens die Position der beiden größeren Oppositionsparteien gestützt hatte.

Allerdings mehrten sich auch bald skeptische Stimmen bezüglich der Grenzfrage. Die Politologin Marlene Wind, Professorin an der Kopenhagener Universität, hielt die neue feste Kontrolle nur mit einem Bruch des Schengener Abkommens für machbar (FLA 28.4.). Die schwedische EU-Kommissarin Cecilia Malmström erklärte, dass kein EU-Staat ei-

Abkürzungen: Berlingske: Berlingske Tidende, FLA: Flensborg Avis, FT: Flensburger Tageblatt, JP: Jyllands-Posten, JV: Jydske Vestkysten, No: Der Nordschleswiger, Pol: Politiken

genmächtig seine Schengen-Verpflichtungen außer Kraft setzen könne. Auch Vertreter der Regierungsparteien wie Tonderns Bürgermeister Laurids Rudebeck (Venstre) und der rechtspolitische Sprecher von Venstre im Folketing Kim Andersen sprachen sich gegen neue Grenzkontrollen aus (No 7.5.). Auf der anderen Seite hatte die öffentliche Diskussion über Kriminalitätsprobleme in Dänemark dazu geführt, dass sich immer mehr Dänen für die Wiedereinführung dauerhafter Grenzkontrollen aussprachen. Beispielsweise ergab eine Umfrage von Jydske Vestkysten (29.4.2011) 76 Prozent Zustimmung und nur 20 Prozent Ablehnung.

Der Beschluss und die unmittelbaren Reaktionen

Konkret wurde die Sache, als der Fraktionschef der DF im Folketing Kristian Thulesen Dahl vor Beginn einer entscheidenden Verhandlungsrunde über das Finanzkonzept 2020 die Einführung neuer Grenzkontrollen verkündete. Die Schengen-Verträge seien dabei nicht entscheidend, die Kontrolle solle durch Zollbeamte erfolgen, die im Verdachtsfall schnell die Polizei hinzuziehen können (DF will Grenzkontrolle wieder einführen – durch Zöllner, No 7.5.). Als sich der bevorstehende Beschluss abzeichnete, gab es zunächst skeptische Reaktionen südlich der Grenze. Nachdem der Beschluss am 11. Mai gefasst worden war, gab es jedoch selbst in der eher konservativen dänischen Presse fast durchgehend kritische Kommentare zur Wiedereinführung fester Grenzkontrollen. Beispielsweise sprach JV-Redakteur Poul-Erik Thomsen von „Danmarks dyreste narresut“ (Dänemarks teuerster Schnuller, im Sinne von Placebo). Von Seiten der Reichspolizei hatte es nie die Forderung nach festen Kontrollen gegeben, da man die Strategie der überraschenden Hinterlandkontrollen für erfolgreicher hält. Mitglieder der Regierungsparteien versicherten hingegen, dass die neuen Grenzkontrollen keine drastischen Veränderungen mit sich bringen werden. Der Abgeordnete im süddänischen Regionsrat Hans Philip Tiedje (Venstre) wies darauf hin, dass in der Übereinkunft von der Einrichtung von Kontrollplätzen für die Zoll- und Steuerbehörde sowie für zielgerichtete Kriminalitätsbekämpfung (gerade auch bei der Ausreisekontrolle) gesprochen werde (JV 23.5.). Die DF bot derweil an, dass die Grenzpolizei das 2001 von der Partei erworbene und als Museum genutzte frühere Zollgebäude in Seth wieder übernehmen könne (DF: Politiet velkommen i toldbygningen, JV 16.5.).

Von Seiten der EU kamen umgehend kritische Reaktionen, in denen unbedingt die Einhaltung des Schengener Abkommens angemahnt wurde, nicht zuletzt von Dänemarks eigener EU-Kommissarin, der früheren Umweltministerin Connie Hedegaard. Doch auch Kommissionspräsident Manuel Barroso wandte sich in einem ungewöhnlich direkten Tonfall an Staatsminister Rasmussen und forderte unbedingt zur Einhaltung aller internationaler Verträge auf: In seinem Schreiben verwies Barroso darauf, dass eine erste juristische Betrachtung deutliche Zweifel an der Vereinbarkeit mit dem EU-Recht gebracht habe. Ex-EU-Kommissar Günther Verheugen warnte davor, dass Rechtspopulisten immer stärker das Fundament der EU untergraben. Lediglich der schwedische Finanzminister Anders Borg sah keine Probleme in den dänischen Maßnahmen (EU advarer Danmark mod grænsekontrol, JP 14.5.), doch auch in Schweden gab es neben mancher Zustimmung auch viel Kritik, nicht zuletzt aus Furcht um den reibungslosen Ablauf des Verkehrs am Öresund und wegen der nicht erfolgten Vorab-Erörterung der Lage mit der schwe-

dischen Seite (Schwedische EU-Beamtin: Grenzkontrolle „okay“, No 21.5.). Deutsche Europapolitiker kritisierten die Pläne mit deutlichen Worten. Der CSU-Abgeordnete Manfred Weber beispielsweise sagte, dass Dänemark sich nicht nur die Rosinen aus dem Schengener Abkommen herauspicken dürfe (Dänemarks Rechte setzt Grenzkontrollen durch, Spiegel-online, 11.5.). Der grüne EP-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit kritisierte, dass die Öffentlichkeit das Positive an Europa als selbstverständlich hinnehme, bei Schwierigkeiten aber gleich die gesamte EU verantwortlich mache, und stellte den Dänen beim Bruch des Schengener Abkommens sogar eine Visapflicht für jedes einzelne Land in Aussicht (Spiegel-online, 12.5.). Auch der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich befand, dass Dänemark mit der Ankündigung „großen Schaden in Europa“ anrichten könne (Tagesspiegel, 14.5.). Im Grenzland reagierte man gleichermaßen entsetzt und erstaunt auf diese Maßnahme, die wohl nur wenige überhaupt für möglich gehalten haben (FT, zahlreiche Kommentare). Schnell verbreiteten sich Nachrichten, dass erste deutsche Sommergäste bereits ihren Dänemark-Urlaub storniert hätten, was der Direktor des Verbandes der Sommerhausvermieter Carlos V. Lassen bestätigte (Deutsche Touristen bleiben weg, No. 14.5.). Als einziger hochrangiger deutscher Politiker äußerte Ministerpräsident Peter Harry Carstensen Verständnis für die neuen Kontrollen, forderte aber auch genauere Informationen; in erster Linie warb er aber bei seinem Besuch bei Verkehrsminister Hans Christian Schmidt in Kopenhagen für die Beteiligung einheimischer Firmen am Bau der Fehmarnbelt-Querung (Verständnis für Kontrollen, No 21.5.). Wenig später verabschiedete der schleswig-holsteinische Landtag aber, übrigens auf Initiative des SSW, einstimmig einen Appell an die dänische Regierung, die Grenzkontrollpläne zu überdenken; gleiches tat später, allerdings mit mehr Gegenstimmen, denen das Vorhaben „zu hoch“ war, auch der Kreistag in Schleswig. Die dänische Regierung reagierte zunächst verständnislos auf die vielfache Kritik. Steuerminister Peter Christensen sagte: „Die Kritik der Kommission beruht auf Missverständnissen. Wir richten ja nur solche Zollkontrollen ein, wie die Schweden sie seit Jahren haben. Und das kann man innerhalb des Schengener Gesetzesrahmens“ (JP 14.5.).

Bemerkenswert war ein Leitartikel von Siegfried Matlok (Europa vergessen, No. 14.5.), in welchem er die Lage nüchtern analysierte. Er verwies auf die weitgehende Zustimmung in Dänemark und forderte daher die deutsche Seite zur Zurückhaltung auf. „Dass die EU – auch Deutschland – so scharf reagiert, hat gewiss auch seinen Grund darin, dass die rechte Dansk Folkeparti – überall in der Auslandspresse jetzt nur als rechtspopulistisch deklariert – den meisten Kommentatoren schon lange wegen der strammen Ausländerpolitik in Dänemark ein Dorn im Auge gewesen ist. Wenn jetzt auch Europa ‚direkt‘ betroffen ist, dann läuft das Fass über. [...] Warum aber diese bissigen, in einigen Fällen sogar verletzenden Angriffe auf Dänemark? Bundesaußenminister Westerwelle hat in seiner Stellungnahme einen Satz, der die Erklärung liefern mag. Es gehe um mehr als eine deutsch-dänische Frage, so seine Worte. [...] Die dänische Regierung hat diese Entscheidung eben nur innenpolitisch, taktisch gesehen. Hat dabei völlig übersehen, dass sie just vom ‚timing‘ her in eine Phase allgemeiner europäischer Verunsicherung hineinstößt, wo selbst mancher fest verankert geglaubter Eckpfeiler der bisherigen EU-Politik umfallen könnte – mit einem Domino-Effekt, der dann auch Dänemark selbst betreffen würde. Die Hinweise auf die Euro-Krise und auf den europäischen Binnenmarkt mögen

da zwei Beispiele dafür sein, dass in Kopenhagen bei dieser Entscheidung die europapolitischen Konsequenzen nicht, ja wohl gar nicht bedacht worden sind. Dass vor allem aber auch in der ‚Vermarktung‘ durch DF der Eindruck entstanden ist, dass wieder die Grenzkontrollen wie vor Schengen 2001 eingeführt werden sollen, was schlichtweg falsch ist. Da wird einiges zu korrigieren sein, gegenüber der EU und Deutschland, wobei aber auch eine (zu starke) Einmischung in dänische Politik auch kontraproduktiv sein könnte.“

Der Konflikt eskaliert

In der Folgezeit verhärteten sich die Fronten immer mehr, was vor allem drei Faktoren zuzuschreiben ist. Zum einen kamen von deutscher Seite – und zwar nicht nur von Zeitungskommentatoren, sondern auch von Politikern bis hin zu Bundesministern – immer mehr Appelle, die Wiedereinführung permanenter Grenzkontrollen zu überdenken. Zum anderen heizten Vertreter der Dansk Folkeparti – von der Parteispitze bis zu zahlreichen einfachen Mitgliedern als Leserbriefschreiber – die Stimmung weiter an, indem sie den Beschluss triumphierend als wichtigen Schritt zur Erhaltung der dänischen Souveränität feierten, weiterhin Schreckensbilder von osteuropäischen Kriminellen zeichneten und mit teilweise aggressivem Tonfall sich jedwede Einmischung von deutscher und europäischer Seite verbat. Zum dritten vermochte die Informationspolitik der dänischen Regierung zur Einführung neuer Zollkontrollen viele Beobachter im In- und Ausland nicht zu überzeugen.

Als eklatantes Beispiel für letzteres verbreitete der aus dem Sundewitt stammende Steuerminister Peter Christensen den Vergleich, dass den künftig 260 dänischen Zollbeamten an allen Grenzübergängen bereits 350 deutsche Zollbeamte in Schleswig-Holstein gegenüber ständen (FLA 30.5., JV 31.5.), die nach seinen Informationen an der Grenze kontrollierten. Die Befürchtung, dass es längere Wartezeiten bei der Grenzpassage oder in einem nächsten Schritt sogar feste Passkontrollen geben würde, wies er zurück.

Auch die Satiriker nahmen sich schnell des Themas an. Für Aufsehen sorgte auch ein Beitrag unter der Überschrift „Grenzdebil“ in der preisgekrönten ZDF-Satiresendung „heute show“ (3.6.), in welchem die deutsch-dänische Grenze als die am besten bewachte in ganz Europa und als neuer „Todesstreifen“ dargestellt wurde. In der Anfangsszene des „Dokumentarberichts“ wird ein Grenzgänger zwischen Böglum und Seth von unsichtbaren Grenzwächtern erschossen, im weiteren Verlauf werden in Krusau des Deutschen nicht immer mächtige Dänen zu den kommenden Kontrollen interviewt, wobei nicht unbeabsichtigt europa- und ausländerfeindliche Klischees zu Tage kommen. Selbst auf Kanzlerin Angela Merkels Flug zum Staatsbesuch nach Washington soll gewitzelt worden sein, dass Dänemark allen Erwartungen zum Trotz eine Überflugerlaubnis gegeben hätte – in Anspielung auf die Tatsache, dass der Iran der deutschen Regierungsmaschine zuvor den Überflug in Richtung Indien verweigert hatte (Grænsestriden er nået helt op til Merkel, Politikken, 10.6.). Das NDR-Satiremagazin Extra 3 stellte als Polizisten verkleidete Reporter an die Grenze, die den verblüfften dänischen Einreisenden u. a. erklärten, dass Schengen außer Kraft gesetzt worden sei und sie daher ein Tagesvisum vorzuweisen hätten (N3, 22.5.).

DF-Mitglieder äußerten derweil eifrig in den Leserbriefspalten der Zeitungen ihre Freude:

„Das ist ein Riesensieg, nicht nur für DF, sondern insbesondere für das Grenzland, dass die Wiedereinführung von Grenzkontrollen nun Wirklichkeit wird“, schrieb beispielsweise die Kopenhagener DF-Kandidatin Aia Fog (Jeg ærgrer mig over mediernes vinkling, JV 15.5.), und: „Als ich neulich auf dem Klostermærken [ländlicher Jahrmarkt mit Tierschau in Lügumkloster] war, hörte ich von mehreren, dass sie sich extra Wachhunde angeschafft hätten, weil Osteuropäer schon damit angefangen sind, in Ställe einzubrechen, um Ferkel zu stehlen. Und wie lange kennen wir nicht schon die Geschichten von osteuropäischen Banden, die Fotos durch geschlossene Fenster machen, damit die Hehler in der Heimat ‚bestellen‘ können, was sie gerne gestohlen haben möchten.“ Aber auch andere gaben ihrer Europa- und Deutschlandskepsis deutlich Ausdruck: Die Mitgründerin der kurzlebigen, seinerzeit vor allem gegen die Region Sønderjylland-Schleswig agierenden „Sønderjyske Borgerliste“, Pastorin Britt Tryde Haarløv, meinte beispielsweise, dass sich Deutschland an die eigene Nase fassen und verlegen darüber sein sollte, dass man die aus dem Osten eindringenden „Banditen“ nicht im eigenen Land stoppe (Rigtigt flovt for Tyskland, JV 17.5.). Insgesamt waren die Meinungen aber geteilt, und viele kritisierten die geplante Regelung scharf, vor allem Anhänger der Oppositionsparteien und jüngere Debatteure (z.B. Gewerkschafterin Line Britt Madsen: Jeg skammer mig inderligt, JV 17.5.).

Von der außen- zur innenpolitischen Krise

In der Pfingstwoche wurde die Grenzfrage endgültig zum alles beherrschenden innenpolitischen Thema in den dänischen Medien, während die Aufmerksamkeit in Deutschland sich wieder vermehrt der Krise um die finanzschwachen Euroländer zuwandte. Hatte Steuerminister Christensen versucht, die Verärgerung in Brüssel darauf zurückzuführen, dass man dort die dänische Übereinkunft missverstanden habe, gab es am 9. Juni eine unmissverständliche Erklärung der EU-Kommission: „Wir haben jederzeit auf den Wortlaut und den Inhalt der Übereinkunft und die Fragen geschaut, die sich daraus ergeben. Der Vorsitzende würde niemals eine solche Klage gegen den dänischen Staatsminister erheben, ohne vorher eine Bewertung und vorläufige Untersuchung vorzunehmen“, wird Barrosos dänische Sprecherin Pia Ahrenkilde zitiert, und „niemand hat dabei auf etwaige Passkontrollen fokussiert“, was Christensen und andere dänische Politiker als Kern angeblicher Missverständnisse angaben. Zudem stellte Ahrenkilde fest, dass die Übereinkunft in der vorliegenden Form möglicherweise gegen geltendes Recht verstoße: „Permanente und systematische Zollkontrollen sind nicht erlaubt. Man darf Stichproben nehmen und zeitweise den Kontrolleinsatz verstärken, wenn dafür besondere Gründe vorliegen. Diese Gründe muss das betreffende Mitgliedsland überzeugend darlegen können“ (EU går i rette med Peter Christensen, Politiken 10.6.2011). Auch die schwedische Zollbehörde dementierte, dass das Land permanente Grenzkontrollen wie die geplanten dänischen habe (Der var en, det var to, FLA 9.6.). Gleichzeitig erhoben dänische Wirtschaftsvertreter, namentlich der Vorsitzende von Dansk Industri Karsten Dybvad, den Vorwurf, dass das Grenzabkommen der dänischen Wirtschaft schaden werde (JV 9.6.). Erst jetzt kam es zu einzelnen grenzüberschreitenden öffentlichen Diskussionen, so am 6. Juni im Hotel des Nordens, arrangiert von Vertretern der SPD. Hier zeigte sich der Chef der Bundespolizei in Schleswig-Holstein, Bodo Kaping, überrascht von den dänischen

Argumenten zu einer steigenden Kriminalität durch Osteuropäer, denn für Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zeigten die Zahlen nicht in diese Richtung. Dies bestätigte auch die regionale Zoll-Chefin Colette Hercher. Der sozialdemokratische Folketingsabgeordnete Benny Engelbrecht aus Sonderburg meinte, dass ein Zollbeamter kaum wie ein Polizist abschätzen könne, ob eine zu überprüfende Person verdächtig ist oder nicht, und dass „selbst der unbegabteste Schmuggler“ einen Weg an den Kontrollen vorbei finden würde. Dass es unter den Anwesenden nicht das geringste Verständnis für die neuen Grenzkontrollen gibt, zeigte der vorsichtige Appell des Flensburger Oberbürgermeisters Simon Faber, dass man das Problem nicht überbewerten dürfe – allein dafür erntete er laut Berichtersteller Poul-Erik Thomsen „Hohngelächter und wütende Zurufe“ (Stor tysk forbløffelse over Danmark, JV 7.6.). Der BDN-Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen forderte ebenfalls dazu auf, das Geld für die Kontrollen sinnvoller anzulegen. Gerade die Errichtung neuer Grenzgebäude würde es schwer machen, die Grenze in den Köpfen weiter abzumildern. Die SPD-Landtagsabgeordnete Birte Pauls bezeichnete die Maßnahme als „europäische Rolle rückwärts“, Michael Schack (IHK) als das denkbar schlechteste Zeichen für die Region“ (Ein klares Nein zu neuen Schlagbäumen an der Grenze, FT 8.6.). Eine Woche später gab es eine weitere Diskussion in Apenrade mit Vertretern verschiedener Parteien, bei der die Vertreter von DF, SF und Sozialdemokraten ihre Positionen bekräftigten, der konservative Abgeordnete Mike Legarth jedoch mit der Aussage Aufmerksamkeit erregte, dass er die Grenzabsprache für in Ordnung hält, aber „wenn wir Konservativen selbst 90 Mandate im Folketing hätten, wäre der Vorschlag niemals aufgekommen“ (Omstridt sag får et lag sminke, JV 10.6.). Regionschef Carl Holst sagte, dass die Übereinkunft nicht wirklich in seinem Sinne sei, kritisierte in einem Gastbeitrag für mehrere Zeitungen aber auch eine „hysterische“ Überreaktion auf deutscher Seite (Carl Holst: Tysk kritik af grænser er hysterisk, JV 10.6.).

Auch deutsche Spitzenpolitiker meldeten sich verstärkt zu Wort. Besonderes Aufsehen erregte der Staatsminister im Auswärtigen Amt Werner Hoyer mit seinem Gastbeitrag „Europa darf nicht zurückfallen“, der am 7. bzw. 8.6. in Berlingske Tidende und im Nord-schleswiger erschien. Darin warnte er u.a., ohne Dänemark direkt zu nennen: „Wer renationalisieren und das Rad der Geschichte zurückdrehen will, wer sich nationale Währungen oder gar Grenzkontrollen zurück[wünscht], der negiert die zentralen Errungenschaften Europas – Freiheit und Wohlstand – und zündelt mit dem Feuer des Nationalismus. [...] Europa [...] ist auch das zentrale Friedensprojekt unseres Kontinents. [...] Wer sich zu Europa bekennt, trägt zum Abbau von Grenzen bei. Eine Diskussion über Stärkung von nationalen Grenzen trägt nur zur Verstärkung der Grenzen in den Köpfen bei. Wir brauchen dort mehr Europa, wo nur Europa leisten kann, was die Nationalstaaten nicht mehr können.“ Steuerminister Christensen antwortete darauf, dass sich Dänemark nicht von der EU zur Änderung der Übereinkunft zwingen lassen werde, während sein Parteifreund, Ex-Außenminister Uffe Ellemann-Jensen, dazu aufforderte, Hoyers Kritik sehr ernst zu nehmen, zumal die Grenzvereinbarung ein falsches Signal sei (No 8.6.2011). Justizminister und Vize-Regierungschef Lars Barfoed, auch Vorsitzender der Konservativen Volkspartei, nannte Hoyers Aussagen ein fürchterliches Geschwafel (noget forfærdeligt vrøvl – Den dansk-tyske grænsestrid spidser til, JV 8.6.).

Der Flensburger Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börsen kündigte an, dass man

gegen die Grenzkontrollen notfalls vor dem Europäischen Gerichtshof vorgehen werde. Auch eine Sammelklage deutscher Grenzpendler gegen die mögliche Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit werde erwogen. Laut Børsen zeigten Aussagen von Pia Kjærsgaard, dass es nur nebensächlich um Kriminalitätsbekämpfung, in Wahrheit aber um die Abschottung Dänemarks gehe (FT 4.6.). Vorsichtiger war Siegfried Matlok im Nord-schleswiger, der vor einer weiteren Eskalation warnte: „Berlin und Brüssel werden (hoffentlich) nichts tun, um anti-europäische bzw. gar anti-deutsche Gefühle zu wecken“ – und angesichts der Tatsache, dass ein Umdenken der Regierung vor der Wahl unrealistisch sei, den Wunsch äußerte, dass sich „alle Kräfte dafür einsetzen, dass die gute Nachbarschaft und deren Ausbau dadurch auf Dauer keinen Rückschlag erleiden. Das ist jetzt erstes deutsch-dänisches Gebot!“ (Keine Krise, aber ... , No 9.6.).

Unklar war nach wie vor, wann die Grenzkontrollen eingeführt werden – der anfangs angestrebte 1. Juni war nicht realistisch. Inzwischen hatten sich Sozialdemokraten und Volkssozialisten von den Grenzplänen distanziert, da sie vor dem Beschluss vom 11. Mai angeblich nicht richtig über die Pläne der Regierung informiert worden waren. Zwar forderten sie weiterhin die Aufstockung des Kontrollpersonals (auch bei der Polizei), lehnten die Einrichtung permanenter Grenzkontrollen aber kategorisch ab. Am 10. Juni vermochte die Opposition es zu verhindern, dass der Finanzausschuss des Folketings die Millionen-Bewilligung für die Umsetzung der Pläne, wie zuvor geplant, als reinen Verwaltungsakt („aktstykke“) genehmigt; durch einen eilends eingebrachten Entschließungsantrag mit der Forderung nach Rücknahme der Pläne musste die Beschlusskompetenz dem Plenum des Folketings übertragen werden. Gleichzeitig gelang es den Vertretern der Regierung, den einzigen Abgeordneten der Kristeligt Folkeparti, Per Ørum Jørgensen, zur Zustimmung im Folketing zu bewegen. Dieser war durch den Rückzug einer Venstre-Abgeordneten, die während der laufenden Legislaturperiode von der Liberal Alliance herübergewechselt war und deren Mandat einem Nachfolger aus ihrer alten Partei übertragen werden musste, zum Zünglein an der Waage geworden. Ørum versprach seine Zustimmung, nachdem er die Einrichtung eines Kreditfonds zur Unterstützung von Landwirten und eine Formulierungsänderung, dass die Zollkontrollen in Einklang mit Schengen stehen müssen („skal“), durchgesetzt hatte. Derweil warf die Regierung der Opposition eine opportunistische Kehrtwende vor, während diese betonte, dass man sich falsch informiert gefühlt hatte und man die Millionen besser für verstärkte Hinterlandskontrollen ausgeben sollte. Aber auch Vertreter der Regierungsparteien ließen durchblicken, dass sie nicht uneingeschränkt hinter dem Beschluss stehen. Als erster Minister räumte Finanzminister Claus Hjort Frederiksen ein, dass die Debatte Dänemark schaden würde, „während die Ministerriege selbst auf Einwände bisher nur giftig reagiert hatte“ (so Frank Jung, Nervenkrieg um Pläne für Grenzkontrollen, FT 11.6.).

Die Grenzdebatte gerät außer Kontrolle

Die Lage eskalierte weiter, als einige von der Regierung zu verantwortende Pannen sichtbar wurden. Der deutsche Botschafter Christoph Jessen machte den Steuerminister darauf aufmerksam, dass die 350 norddeutschen Zollbeamten selten an der Grenze zu finden seien, da sie in erster Linie Steuervergehen wie z.B. Schwarzarbeit bekämpften. In einem Interview wies er daraufhin, dass es sehr wohl den guten

Nachbarn berühre, wenn man etwas an der gemeinsamen Grenze ändert (JP 9.6.). Justizminister Lars Barfoed musste zugeben, dass es nie ein schriftliches juristisches Gutachten zur Grenzkontrolle gegeben habe, sondern dass man lediglich juristische Fragen im Kabinett diskutiert habe (Grænseslagsmål foregår i blinde, Pol 10.6.). Zudem zeigte es sich, dass die an die EU-Kommission gesandte englische Übersetzung der Übereinkunft gegenüber dem Original deutlich abgemildert worden war: War in der englischen Version von „Zollvergehen“ die Rede, las man an der gleichen Stelle im dänischen Original „berigelseskriminalitet begået af udenlandske bander“ (Grænseaftale i to forskellige versioner, JP 11.6.).

Pia Kjærsgaard fand derweil scharfe Worte gegen Jessen, den sie im Fernseh-Interview als „sogenannten Diplomaten“ abkanzelte, der sich widerrechtlich in innerdänische Angelegenheiten einmische und grenzenlose Heuchelei betreibe. Neben dem Hinweis auf die missverstandenen Zöllner-Zahlen hatte Jessen auch im Radio darauf hingewiesen, dass es natürlich auch Auswirkungen auf ein Land habe, wenn das Nachbarland Änderungen an der Grenze vornehme (No 9.6.). Noch deutlicher wurde Kjærsgaard am Folgetag in ihrem Diskussionsbeitrag „Bland dig udenom, ambassadør“ (Pol 9.6.). Darin heißt es u.a.: „Die EU-Kommission ist der wütende Terrier der Union, der mit Bellen und Beißen eigenwillige Nationalstaaten auf den Platz setzen soll, damit sich die EU-Schablone frei in Europas Vereinigten Staaten ausbreiten kann. Allein schon Kommissionspräsident Barrosos schriftliche Stellungnahme an Staatsminister Lars Løkke Rasmussen zeigt, wie krank die EU wirklich ist. Der Brief war in einem drohenden Mafia-Tonfall („truende mafiatone“) gehalten und zielte darauf ab, Dänemark mit allen Mitteln in allen Fragen der Kontrolle seiner Grenzen auf EU-Richtlinie zu bringen.“ Und: „Zusätzlich zu der zu erwartenden Nörgelei und geschmacklosen Versuche Druck auszuüben („smagsløse pressionsforsøg“) kommt nun auch noch der deutsche Botschafter angelaufen und korrigiert einen dänischen Minister bezüglich der Anzahl deutscher Zollbeamter. Das ist ja erbärmlich. [...] Und dann klagt der Botschafter über emotionalen Nationalismus. Ach ja, lustige Worte eines deutschen Botschafters, dessen Land in seiner Geschichte ansonsten so viel emotionalen Nationalismus mit traurigen Folgen zu bieten hat. Die dänische Grenze ist eine nationale Angelegenheit und viel zu wichtig, als dass man sie allen Möglichen und Unmöglichen innerhalb und außerhalb von Dänemark überlassen darf.“ Zudem sagte sie, dass die Regierung vor der EU-Kommission krieche und sich „lächerlich“ mache, wenn sie wegen der Einführung der neuen Grenzkontrollen ständig Kontakt nach Brüssel halte (No 9.6.). Auch spielte die DF bewusst mit der Angst vor dem bürokratischen Moloch EU. Dies veranlasste die Europaparlamentarierin Anne E. Jensen (Venstre) zu einer deutlichen Stellungnahme (Sandheden om EU, JV 15.5.): Nicht 80 Prozent aller dänischen Gesetze bauen auf EU-Vorlagen und Richtlinien, sondern lediglich 11,25 Prozent (im Zeitraum 2001-10). Am Folgetag legte Kjærsgaard nach und warf Deutschland, der EU und der Opposition im Folketing vor, die Sache aufgebauscht zu haben (Det er ikke os, der har kørt det her op, JV 10.6); man hätte die Übereinkunft genau lesen sollen, dann würde es keine Missverständnisse über die Art der geplanten Kontrollen geben. In der gleichen Zeitung hingegen brachte ihr Stellvertreter Peter Skaarup einen Beitrag mit der markigen Überschrift „Ti mørke år er slut – grænsen er tilbage“ (Zehn dunkle Jahre sind vorbei, die Grenze ist wieder da), in welchem er klipp

und klar hervorhob, dass die Grenzkontrolle wieder wie in den 1980er und 1990er Jahren sein werde, nicht an EU-Kritik sparte und die Grenze als Abschreckung darstellte: „Jetzt werden Zigeunerbanden in Deutschland bleiben statt nach Dänemark zu reisen – schade für die Deutschen, aber dieses Problems müssen sich die deutschen Politiker selbst annehmen, z. B. durch die Einführung eigener Grenzkontrollen.“

Die politische Lage vor Pfingsten wurde in den dänischen Medien vernichtend kommentiert. Selbst der in Bezug auf die dänische Regierung auch in kritischen Kommentaren immer auf Ausgewogenheit bedachte Siegfried Matlok schrieb von einem „unkontrollierten Chaos“, einer „politischen Farce“ und einem Feilschen „wie auf einem arabischen Bazar“, zumal es bei der Durchsetzung der Agenda 2020 um die Machtfrage gehe. Und „vielleicht wäre es besser, interne Grenzkontrollen auf Christiansborg zu errichten, um solchen Regierungs-Mist künftig abzufangen. Was sich Regierung, aber auch die Opposition in dieser Frage leisten, ist parlamentarisch und außenpolitisch ein Armutszeugnis!“ (Unkontrolliertes Chaos, No 11.6.). Nicht minder streng ging JV-Chefredakteur Peter Orry mit der Regierung ins Gericht: „Die Angelegenheit mit den Grenzkontrollen ist ihm [Staatsminister Lars Løkke Rasmussen, Anm. d. Red.] und seinen Verbündeten buchstäblich zwischen den eigenen Händen explodiert, weil sie einmalig talentlos in der Kommunikation, einmalig schlampig bei der Vorbereitung und einmalig unfähig waren, die Reaktion aus dem übrigen Europa vorauszusehen. Das Ergebnis ist eine Katastrophe für die Regierung [...]“, heißt es in seinem Leitartikel (Hov – hvad gik der lige galt?, JV 12.6.). Orry warf Regierungsparteien und Dansk Folkeparti vor, die Eskalation selbst herbeigeführt zu haben, „zuallererst mit ihren unterschiedlichen Darstellungen darüber, worauf die Grenz-Übereinkunft hinausläuft.“ Reaktionen aus dem Ausland hätte man ohne Beunruhigung zur Kenntnis nehmen können, wenn die Kritik einer gut vorbereiteten und notwendigen Gesetzesinitiative gegolten hätte, „aber für ein Stück Symbolpolitik, das kaum irgendeinen messbaren Effekt auf die Kriminalitätsbekämpfung haben wird, ist es wahnwitzig, Dänemark zur Zielscheibe einer Flutwelle internationaler Kritik zu machen, die den Ruf als offenes Land schwächt und wirtschaftliche Folgen kaum vermeiden kann.“ In Bezug auf das internationale Ansehen Dänemarks bescheinigte der Chefredakteur von Politiken, Peter Mogensen, dem Steuerminister, dass dessen „unbeholfener Versuch, den Konflikt um den Inhalt der Übereinkunft zu den Grenzkontrollen zu entspannen, den genau gegenteiligen Effekt gehabt hat“. Und: „Die Regierung wird in jedem Fall verlieren. Kommt der Plan durch, wird es nur in einer angepassten Form der Fall sein, und Løkke wird nach dem Tauziehen mit eben jener EU geschwächt dastehen, die er gemeinsam mit Polen und Zypern in den kommenden 18 Monaten führen soll. Kjærsgaard jubelt: Entweder kommt ihre Übereinkunft durch, oder sie kann ihren Wählern den Beweis dafür liefern, was für eine ‚üble Größe‘ die EU im Grunde ist“ (Regeringen – en sikker taber på ny grænsekontrol, Politiken 10.6.). Auch die einstigen Parteichefs der beiden Regierungsparteien, Uffe Ellemann-Jensen und Hans Engell, warfen Regierung und DF vor, dass der Umgang mit der Grenzabsprache Dänemark schade (Ellemann og Engell: Grænsesagen skader Danmark markant, Pol. 10.6.), und letzterer sparte nicht an Kritik in seinen Kommentaren in der Boulevardzeitung Ekstra Bladet. Auch in den Leserbriefspalten vor allem von Jydske Vestkysten war die Grenzkontrolle das beherrschende Thema, wobei sich Zuspruch und Kritik mit teilweise markanten Schwingun-

gen die Waage hielten. Auffallend waren mehrere Entschuldigungen dänischer Bürger im Nordschleswiger sowie fast durchgehend kritische Meinungen in Flensburg Avis.

Antideutsche Töne von Seiten der Dansk Folkeparti

In der Folgewoche eskalierte die Lage noch weiter, was vor allem auf einen nochmals verschärften Tonfall von Seiten der DF-Spitze zurückzuführen ist. Beim erstmals abgehaltenen landesweiten „Volkstreffen“ aller Spitzenpolitiker mit der breiten Bevölkerung (15.-18. Juni in Allinge auf Bornholm) wettete Pia Kjærsgaard in ihrer Festrede weiter gegen Deutschland und Europa (Pia Kjærsgaard genstarter verbal krig mod Tyskland, Pol. 16.6.): die EU sei ein „Eliteprojekt“, ausgedacht von „weltfremden Akademikern“. Es werde nun alles dafür getan, um Dänemark zur Raison zu bringen: „Deutschland spielt dabei die Rolle des Schlägertrupps („tæskehold“). Alles, was an deutschen Ministern und Botschaftern kriechen und gehen kann, wurde zum Angriff auf Dänemark angesetzt.“ Im der Nachrichtenagentur Ritzau vorliegenden Redemanuskript fanden sich noch die Sätze „Tyskland kann rende og hoppe. EU-Kommissionen kann rende og hoppe“ (Deutschland und die EU-Kommission können uns mal), welche Kjærsgaard dann aber doch nicht brachte. Als es darauf erstmals deutliche Kritik von einer prominenten Venstre-Politikerin gab (s.u.), konterte der DF-Abgeordnete Pastor Jesper Langballe mit einer weiteren Polemik (Berlingske, 20.6.), in welcher er Deutschland vorwarf, aufgrund seiner Geschichte eine neurotische Nation zu sein.

Parteifreund Søren Krarup beschäftigte sich derweil mit den dänischen Südschleswigern, bei denen es nach wie vor keine Zustimmung zu den Grenzkontrollen gab. In seinem Diskussionsbeitrag „Træt af Sydslesvig“ (FLA 16.6.) wettete der Theologe gegen Vorstellungen, dass die Grenzfrage ein regionales Problem sei, und forderte von den Dänen südlich der Grenze Unterstützung in dieser „nationalen Angelegenheit“. Insbesondere wandte sich das DF-Mitglied im Folketingsausschuss für Südschleswig gegen die vom SSW initiierte Erklärung des schleswig-holsteinischen Landtages zur Grenzfrage: „Wenn ich nun sehe, dass die Partei der dänischen Südschleswiger, der Südschleswische Wählerverband (SSW), mit dem schleswig-holsteinischen Landtag zusammenarbeitet, um Dänemark zur Aufgabe der Grenzkontrolle zu zwingen, dann fasse ich mir an den Kopf und frage: Sind die Dänen in Südschleswig wahnsinnig geworden? Führt der SSW politisch Krieg gegen Dänemark? Soweit ich es verstanden habe, waren die SSW-Stimmen entscheidend für die Mehrheit für eine Aktion gegen die dänische Grenzkontrolle, und das bedeutet ja in Wirklichkeit, dass die schleswig-holsteinische Front gegen Dänemark auf die dänische Minderheit baut. Was sollen wir in Dänemark dazu sagen? Erwartet der SSW, dass wir uns ohne Weiteres mit einem solchen Verrat abfinden – selbst wenn dieser als regional bezeichnet wird?“

Auch die Politologin Marlene Wind geriet ins Fadenkreuz der DF, als sie in einem Fernseh-Interview als geladene Fachexpertin die Einführung neuer Grenzkontrollen als reinen Köder für die Wähler („valgflæsk“) bezeichnete und hinzufügte: „Es geht darum, dass man um einige Wähler kämpft und dabei an den kleinsten gemeinsamen Nenner und den inneren Schweinehund appelliert.“ Diese trockene Feststellung kommentierte DF-Fraktionschef Kristian Thulesen Dahl dahingehend, dass die Professorin sich politisch geäußert und damit ihre Glaubwürdigkeit als Sachverständige verloren hätte (Marlene

Wind eller forsvind, u.a. JV 17.6.). Doch auch Integrationsminister Søren Pind (Venstre) beteiligte sich an der Hatz auf die Professorin, indem er ihren Namen als „Halvwind“ verdrehte (halber Wind im Sinne von „sagt nicht die ganze Wahrheit“). Nachdem die Kopenhagener Universität Wind zunächst Rückendeckung gegeben hatte, legte die Institutsleitung ihr schließlich doch nahe, sich selbst eine „Medienpause“ zu verordnen.

Zaghafte Versuche der Schadensbegrenzung

Wie zuvor bereits einige politische Veteranen, Europa- und Grenzlandpolitiker aus dem bürgerlichen Lager übten nun erstmals auch konservative und rechtsliberale Folketingsabgeordnete deutliche Kritik. Besonders tat sich Pinds Amtsvorgängerin Birthe Hornbech Rønn hervor. In einem scharf formulierten Diskussionsbeitrag (Berlingske 18.6.) warf sie Pia Kjærsgaard vor, undänisch zu sein und den Ruf des Landes aufs Spiel zu setzen, und gleichzeitig forderte sie juristische Garantien dafür, dass die Grenzabsprache rechtens sei. Dies führte zu neuen Kontroversen in den beiden Regierungsparteien, in denen sie gleichermaßen Zustimmung wie Kritik erfuhr. So sagten die politischen Sprecherinnen beider Parteien, die frühere Kulturministerin Carina Christensen (Kons.) und Ellen Trane Nørby (Venstre), letztere in Sonderburg kandidierend, dass man die Speerspitze nicht auf die Zusammenarbeitspartner, sondern auf die Opposition richten sollte (Pol. 18. u. 19.6.). Da sich aber immer mehr Venstre-Funktionäre mit Rønn solidarisierten, erklärte Nørby etwas später, dass in ihrer Partei wohl kaum jemand wirklich einig mit Pia Kjærsgaards Aussagen sei; doch beklagte sie auch, dass die Medien die ganze Angelegenheit unnötig hochgekocht hätten; der Kommentator von Politiken warf Rønn derweil reinen Opportunismus vor und sah das eigentliche Problem nicht bei DF, sondern bei Venstre, die anders als ihre liberalen Schwesterparteien in den Nachbarländern nun einmal auf die Zusammenarbeit mit den Rechtspopulisten gesetzt hätten (Bondeanger, Pol. 20.6.). Nach einem Gespräch mit dem Regierungschef erklärte Rønn kurz darauf, für den Regierungsentwurf stimmen zu wollen, obwohl sie nicht das geforderte juristische Gutachten erhielt (Rønn støtter regeringens grænseaftale, Pol 21.6.).

Weiterhin gab es Kritik von allen Seiten. Landtagspräsident Torsten Geerdtts verbat sich im Rahmen einer Sitzung des Nordschleswig-Ausschusses, hysterisch genannt zu werden, und Hinrich Jürgensen mahnte erneut an, dass man das veranschlagte Geld besser für eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zoll ausgeben solle (Tyskerne vil ikke kaldes hysteriske, JV 16.5). JV-Kommentator Poul-Erik Thomsen setzte sich kritisch mit Krarup auseinander, der vor nicht langer Zeit die Abschaffung des Rassismusparagrafen gefordert hatte, um die Meinungsfreiheit weiter auszuweiten, nun aber wie erwähnt in der Grenzfrage keine gegenteilige Meinung der dänischen Minderheit duldet: „Beschämend! [...] Gerade dies ist eine Angelegenheit, in der die Minderheit zur Einmischung verpflichtet ist. Das gilt im Übrigen auch für die deutsche Minderheit in Nordschleswig. Denn wer weiß mehr über die Grenze und den Drahtseilakt zwischen Offenheit und Wachsamkeit als gerade die beiden Minderheiten?“ (En ilde anbragt trussel, Leitartikel in JV 16.6.). Siegfried Matlok beklagte in seinem Leitartikel (Deutschlands Freunde, 18.6.), dass die DF „böse nationalistische Vorurteile geweckt [habe], die jeden deutschen Demokraten 2011 ins Herz treffen“, und „noch enttäuschender als die Kjærsgaard-Angriffe ist, dass keiner der verantwortlichen, besonnenen

Politiker auch in den Regierungsparteien den Mut hat, dieser Kränkung öffentlich eine Absage zu erteilen. Das Schweigen als Preis für den Erhalt einer politischen Mehrheit ist uns einfach zu hoch!“

Die Jugendverbände zahlreicher Parteien beiderseits der Grenze riefen derweil zur Demonstration auf, darunter die Jugendorganisationen aller im Landtag vertretenen Parteien, aber auch jene der dänischen Oppositionsparteien, die sich damit auch ausdrücklich gegen die Schaukelpolitik ihrer eigenen Mutterparteien stellen wollen (Unge siger nej til lukket grænse, FLA 9.6.) und immerhin 150 Mitglieder mobilisieren konnten (Så var de unges grænse nået, FLA 18.6.). Auch Vertreter der Wirtschaft bekräftigten ihre Sorge, dass die neuen Grenzkontrollen dem Land und insbesondere der Grenzregion ökonomisch schaden werde (Grenzabsprache schwächt Wirtschaft, No 18.6.). Auch der Chefredakteur von Flensborg Avis, von Beginn an ein großer Kritiker der Grenzkontrollen, beklagte erneut, dass „wir bei den beteiligten Politikern immer noch eine grundsätzliche Erörterung über die Effektivität verschiedener Formen der Grenzkontrolle vermissen“, dass Parteidisziplin bei der Frage offenbar wichtiger als sachliche Grundlagen seien und dass die ganze Angelegenheit letztlich nichts als Symbolpolitik vor den bevorstehenden Wahlen sei (Den udeblevende effektivitetsdebat i grænsekontROLSagen, FLA 20.6.).

Derweil machte sich Außenministerin Lene Espersen in die Nachbarländer auf, um die Lage zu beruhigen, was ihr allerdings nicht gelang. Bereits vor der Abreise geriet sie unter Druck, als es sich herausstellte, dass das Außenministerium überhaupt nicht in die Planungen der Grenzkontrollen mit einbezogen worden war. Der deutsche Außenminister gab an, dass die Zweifel an der dänischen Maßnahme nicht ausgeräumt seien. „Die Jugend von heute soll nicht erleben, was meine Generation seinerzeit erlebt hat. Wir leben in einem freien Europa. Wir sind nicht davon überzeugt, dass es klug ist, neue Bauten an der Grenze zu errichten“, wird Guido Westerwelle zitiert (Fortsat tysk kritik af dansk grænseplan, JV 16.6.). Sein schwedischer Amtskollege Carl Bildt betonte, dass man gerade in der Öresundsregion Einschränkungen der Bewegungsfrei fürchte und verwies darauf, dass die Frage nach Zollkontrollen eine europäische Angelegenheit sei (Bildt løfter pegefingern på grund af grænsekonkontrollen, Pol. 18.6.).

Entscheidung weiter verzögert, aber Mehrheit gesichert?

Schließlich wurde die Angelegenheit im Folketing verhandelt, und dort gab es am 21. Juni bei der ersten Lesung eine heftige viereinhalbstündige Debatte, die in erster Linie vom bald bevorstehenden Wahlkampf geprägt war. Dabei bekräftigten alle Seiten noch einmal ihre Positionen: Regierungsvertreter sprachen konsequent von Zollkontrolle, die DF von festen Grenzkontrollen. Steuerminister Christensen hielt nach wie vor ein juristisches Gutachten nicht für nötig, da die Regierung und die zuständigen Ministerialbeamten keinen Bruch des Schengener Abkommens erkennen könnten. Er verteidigte die neuen Kontrollanlagen, die gerade den Verkehr reibungsfreier gestalten sollten, und verglich sie mit den Mautanlagen auf den beiden Großbrücken von und nach Seeland. Die Sozialdemokraten sprachen sich zwar für mehr Kontrollen aus, lehnten aber nach wie vor die festen Grenzstationen ab und warfen der Regierung vor, durch ihr fehlerhaftes Verhalten die schwerste internationale Krise für Dänemark seit langem hervorgerufen zu haben. Auch DF blieb bei ihrer Position und Jesper Langballe erneuerte die zuvor

geäußerten antideutschen Töne. Zudem verwies Jesper Langballe auf eine einhellige Zustimmung vieler Deutscher auf mehreren Internet-Diskussionsseiten großer Nachrichtenorgane. Tatsächlich gibt es etwa in den Internet-Diskussionsforen von z.B. Spiegel oder FAZ viele Stimmen pro Grenzkontrolle, aber diese betreffen in erster Linie auch mögliche deutsche Grenzkontrollen und sind oft mit genereller Europa-Skepsis verbunden; zudem gibt es auch hier sehr viele kritische Stimmen, wobei sich beide „Lager“ einigermaßen die Waage halten. Unterstützt wurde er von seinem Vetter Søren Krarup, nach dessen Meinung die Deutschen nicht zwischen national und nationalistisch unterscheiden könnten und der aggressive Ton in der Debatte von deutscher Seite hervorgehoben worden sei. (No 22.6.). Zudem warf Søren Krarup der deutschen Seite vor, selbst eine nationalistische Politik zu führen und dass die historisch bedingte Neurose es Dänemark nicht leichter mache, mit Deutschland in Frieden zu leben (Krarup: Vi har svært ved at leve i fred med tyskerne, politiken.dk, 21.6.).

Erst jetzt distanzierte sich die Parteispitze der Venstre von den Aussagen der DF-Spitze, und Fraktionschef Kristian Jensen räumte ein, dass die Grenzdebatte Dänemark geschadet habe (Venstre: Grænsedebat har skadet Danmark, Politiken, 21.6.). Auch Außenministerin Espersen fand nach ihrer Rückkehr Worte der Kritik an den Polemiken der die Regierung seit fast 10 Jahren unterstützenden Rechtspopulisten und verwies darauf, dass die EU-Kommission gerade auch die kleineren Länder gegenüber etwaigen Eigeninteressen der großen Länder schütze (Lene E. skælder du på DF i grænsedebat, Berlingske 21.6.). Derweil forderten immer mehr lokale Parteichefs der beiden Regierungsparteien zu mehr Distanz gegenüber DF auf (V og K-bagland kræver mere kant til DF, Pol 23.6.), und ein neuer Stimmungstest (Ritzau Voxmeter) ergab weitere Verluste für Venstre wie Konservative, aber nun auch wieder für DF (Engell: Vælgerne flygter fra blå blok, Pol 23.6.).

Die für den 24. Juni angesetzte Abstimmung über den Rückzug des als „aktstykke“ eingebrachten Finanzantrags zur Grenzkontrolle wurde auf den 1. Juli verlegt, da der Steuerausschuss unter dem Vorsitz des früheren Außenministers Niels Helveg Petersen (Radikale) auch nach der Übereinkunft der Ministerien noch viele offene Fragen beantwortet haben möchte (Afstemningen om grænsekontrol udskydes, JP 23.6.). Gleichzeitig stellte Barroso in einem Schreiben an alle 27 Staats- und Regierungschefs der EU mit deutlichen Worten klar: „Die EU-Kommission wird nicht zögern einzuschreiten, wenn grundsätzliche Dinge der europäischen Zusammenarbeit in Frage gestellt werden.“ Staatsminister Lars Løkke Rasmussen, der kurz zuvor Gespräche mit Barroso geführt hatte, bezeichnete diese ungewöhnlich deutliche Warnung als an Frankreich und Italien gerichtet, die beide Pläne zur Einführung stärkerer Grenzkontrollen hegen, um Flüchtlingsströme aus Nordafrika besser abwenden zu können. Experten und Diplomaten sehen jedoch Dänemark als klaren Adressaten (EU og Barroso truer Danmark, JP 23.6.). Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte, dass es beim EU-Gipfel mehrere Gespräche über die Grenzkontrollen gegeben habe, was Løkke weder bestätigen noch dementieren wollte (No. 24.6.). Das Thema Grenzkontrolle wird also auch in den kommenden Wochen Politik und Öffentlichkeit beschäftigen. Im nächsten Grenzfriedensheft werden wir über den weiteren Verlauf berichten.

Gerret Liebing Schlaber

SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

Generation Schleswig wird
aufgeschoben

Flensburg Avis, 15.4.2011

Da es nicht möglich war, für das federführend von Grænseforeningerne und dem Landesverband der Volkshochschulen angeschobene Jugendprojekt „Generation Schleswig“ 160 junge Menschen als Teilnehmer zu finden, soll das mit Interreg-Mitteln zu finanzierende Projekt um ein Jahr verschoben werden.

Deutsche Dosen sollen in Dänemark
gesammelt werden

Flensburg Avis, 16.4.2011

Die dänische Umweltministerin Karen Ellemann drängt weiter darauf, dass auch die bisher pfandfreien Getränkedosen aus dem Grenzhandel mit Pfandgeld belegt werden, um die Käufer zur Rückgabe der gebrauchten Verpackungen zu bewegen. Beim diesjährigen europaweiten Müllsammeltag wurden in ganz Dänemark ca. 215.000 Getränkedosen gefunden, die achtlos in die Natur geworfen worden waren – neuer trauriger Rekord!

Grenzen des Nationalparks liegen fest
Der Nordschleswiger, 16.4.2011

Nach langem Tauziehen ist man sich auf dänischer Seite nun so gut wie einig über die genaue Ausdehnung des Nationalparks Wattenmeer, auch wenn der Naturschutzverband Danmarks Naturfredningsforening gerne weitere Gebiete mit einbeziehen möchte (s. GFH 3/2010, S. 244).

Ein Sekretariat wurde eingerichtet, dessen Sitz die Kommune Tønder in ihrem Bereich haben möchte. Der Nationalpark umfasst ca. ein Drittel Wasserfläche. Bis zum 26. Juni werden Vorschläge für die Ausgestaltung des Nationalparkkonzeptes gesammelt. Tønderns Bürgermeister Laurids Rudebeck forderte die Bürger zur Beteiligung auf und wird mit den Worten zitiert: „Der Nationalpark darf keine Begrenzungen bringen oder ein Hemmschuh für die Wirtschaftsentwicklung werden.“ Die Frage nach dem Anschluss an das UNESCO-Weltnaturerbe, das den deutschen und niederländischen Teil der einzigartigen Natur- und Kulturlandschaft umfasst, stand noch nicht auf der Tagesordnung.

Gemeinsamer Gedenkmarsch
auf Düppel verlief harmonisch

Der Nordschleswiger, 19.4.2011

Mit über 1000 Teilnehmern war die jährliche Gedenkfeier für die bekannteste Schlacht des Krieges von 1864 besser besucht als in den vergangenen Jahren. Die Festreden hielten der Kommandant der Unteroffiziersschule in Sonderburg, Viggo Ravn, und der deutsche Botschafter in Dänemark Christoph Jessen. Ravn betonte, dass es für ihn und seine Kameraden ganz natürlich sei, mit den deutschen Soldaten die Gedenkfeier gemeinsam zu begehen, zumal man seit Jahrzehnten miteinander verbündet sei. Danach marschierten dänische und deutsche Soldaten erstmals gemeinsam zurück zur Kaserne. Dies führte im Vorfeld zu einzelnen Protesten, vor allem in den Leserbriefspalten, und die von Ex-Radioredakteur Flemming Nielsen (s. GFH 1/2011, S. 71) geführte Sonderburger Lokalabteilung im Grænseforeningerne erwog sogar zeitweise einen Ausstieg aus dem Mutterverein, dessen Vorstand den

neuen Zuschnitt der Gedenkfeier ausdrücklich begrüßt hat. Von den meisten Beobachtern wurde es positiv aufgenommen und als weiterer Schritt zur Normalisierung gewertet. Der Marsch wurde allerdings nur von wenigen Interessierten flankiert; Proteste am Rande blieben ganz aus. Als Besonderheit brachte Danmarks Radio eine sechsstündige „Reportage“, mit der Teile der Schlacht „live“ im Rundfunk veranschaulicht wurden. Auch der Norddeutsche Rundfunk war mit seinem ersten Hörfunkprogramm beteiligt. Der Historiker und Bestsellerautor Tom Buk-Swienty (s. GFH 1/2010, S. 77) war als Experte beteiligt. Im Vorfeld kritisierte der Nordschleswiger, der am 19.4. auf drei vollen Seiten berichtete, dass von einem „deutsch-dänischen Krieg“ gesprochen werde, obwohl es 1864 noch gar kein geeintes Deutschland gegeben hatte und nur preußische und österreichische Truppen beteiligt gewesen waren (16.4.2011). Die Sonderburger Lokalausgabe von Jydske Vestkysten machte mit dem Titel „Dänisch-deutscher Marsch durch Sonderburg“ auf und brachte im Lokalteil drei weitere Seiten. Darin wurde – auch schon in den Überschriften – der gemeinsame Auftritt der Soldaten beider Länder hervorgehoben und gleichsam an die Verpflichtung des Gedenkens an die Toten von 1864 wie auch an die gemeinsame Gegenwart und Zukunft erinnert. Die Festreden u. a. vom deutschen Botschafter Christoph Jessen und vom Standortkommandanten Viggo Ravn wurden zusätzlich auf der Homepage www.jv.dk zugänglich gemacht. Zuvor hatten sich in den Leserbriefspalten zahlreiche Gegenstimmen der deutschen Beteiligung Luft verschafft, doch blieben diese im Vergleich noch zum letzten Jahr im Durchschnitt moderater, und es meldeten sich auch viele Befürworter zu Wort. – Für Missverständnisse

bei Einzelnen hatte ein Bericht über eine Idee des dänischen Bildhauers Kenn André Stilling gesorgt: Dieser schlägt vor (Politiken, 5.3.2011), an der Stelle des 1945 einige Tage nach Kriegsende gesprengten preußischen Siegesmals auf Schanze 4 ein neues Friedensdenkmal errichten zu lassen, und zwar vorzugsweise durch einen deutschen Künstler. Dies sorgte für Missverständnisse, da manche die Errichtung eines deutschen Denkmals oder sogar die Rekonstruktion des Siegesdenkmals fürchteten.

An der Grenze sieht man kein explosives Wachstum

Flensborg Avis, 21.4.2011

Laut einer von Dansk Erhverv veranlassten Studie gab jeder Haushalt in Nord-schleswig im Jahr 2010 durchschnittlich 7412 Kronen für Einkäufe südlich der Grenze aus. Im Landesdurchschnitt lag dieser Wert (Käufe in Schweden mit eingerechnet) bei 3750 Kronen. Dansk Erhverv betrachtet die zunehmenden Einkäufe außerhalb des Königreichs als Ursache der Arbeitsplatzabbau und fehlende Steuereinnahmen und sieht eine deutliche Zunahme des Grenzhandels vor allem bei Waren des täglichen Bedarfs sowie Kleidung und elektronischen Geräten. Bei den auf Grenzhandel spezialisierten Geschäften verweist man auf sehr unterschiedliche Zahlen in dieser Analyse im Vergleich zu einer Studie des Verbandes Fødevarer & Landbrug, der ein deutlich geringeres Handelsvolumen errechnet hatte. Den Vorwurf der Chefkonsulentin von Dansk Erhverv Mette Feifer, dass der Grenzhandel sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem entwickelt habe, weist der Direktor des Grenzhandelsgeschäftes Fleggaard,

Mike Simonsen, zurück. Die Waren würden meist in Dänemark produziert, und dort wie vor Ort in einer sonst an den Rand gedrängten Region würden Arbeitsplätze geschaffen und erhalten. Simonsen beklagt einen zunehmenden Lobbyismus gegen den Grenzhandel, den er auch in der genannten Studie sieht. Im Übrigen sage die Studie nichts über Einkaufsaktivitäten deutscher und schwedischer Besucher aus.

Berlin und Hamburg ziehen Dänen an
Flensburg Avis 21.4.2011

In den beiden größten deutschen Städten zählen Dänen bei weiter steigender Tendenz zu den größten Touristengruppen.

Wie viel kostet ein Ausländer?

Spiegel-online, 28.4.2011

Ein dänischer Ministerienbericht kommt zu dem Schluss, dass der Staat in den vergangenen zehn Jahren durch verschärfte Zuwanderungsgesetze umgerechnet 6,7 Milliarden Euro eingespart hat, die er sonst für Sozialleistungen oder Wohnungen ausgeben hätte. Nach der Rechnung kosten Migranten aus nichtwestlichen Ländern, die es nach Dänemark geschafft haben, jährlich umgerechnet 2,3 Milliarden Euro, während Einwanderer aus dem Westen 295 Millionen Euro pro Jahr in die Staatskasse spülen. Extrem strenge Gesetze haben die Zahl der Einwanderer in Dänemark in den vergangenen Jahren nach unten gedrückt. Regierung und Rechtspopulisten wollen den Zuzug noch stärker reglementieren. „Ich habe keine Skrupel, das Land noch wirksamer vor denen dichtzumachen, die man verdächtigen könnte, Dänemark zur Last zu fallen“, wird der rechtslibera-

le Integrationsminister Søren Pind in „Jyllands-Posten“ zitiert. Besorgt sind Oppositionsparteien und Wirtschaftsverbände, die vor allem einen Fachkräftemangel befürchten, wenn Ausländern Zuzug und Aufenthalt weiter erschwert werden (Aufmacher in Jyllands-Posten vom 9.5.2011: „Führungskräfte der dänischen Wirtschaft schlagen Alarm wegen der Ausländerpolitik“). Auf der anderen Seite unterstützt das Integrationsministerium Firmen bei der gezielten Suche nach qualifizierten ausländischen oder ausländischstämmigen Arbeitskräften mit insgesamt 8 Mio Kronen (Indvandrete giver vækst for millioner, JV 15.5.).

Polizei besser auf Ostkriminelle
eingestellt

Jydske Vestkysten (Aufmacher), 29.4.2011

Die Ausländerkontrollabteilung (Udlændingekontrollafdelingen, UKA) der dänischen Polizei hat nach einer Aufstockung ihres Personals und weiterer Verbesserung der Zusammenarbeit mit ihren deutschen Kollegen deutlich mehr Kriminelle häufig osteuropäischer Herkunft gefasst. So werden auch in Deutschland aufgegriffene Personen mit Diebesgut aus Dänemark umgehend dorthin zur Verurteilung überstellt. Im Durchschnitt wird im Grenzland mindestens täglich irgendwo kontrolliert. UKA-Chef Palle Linné sprach sich für weitere gemeinsame Aktionen deutscher und dänischer Kontrollorgane aus.

Grenzland Kern-, nicht Randgebiet

Der Nordschleswiger, 30.4.2011

Beim Besuch des Kontaktausschusses für die deutsche Minderheit in Hadersleben sicherte Innenminister Bertel Haarder die

volle Unterstützung für den Vorschlag zu, dass man die heutige grenzüberschreitende Region „Sønderjylland-Schleswig“ zum Versuchsgebiet machen sollte, um an den öffentlichen Schulen die Sprache des Nachbarn bereits ab Klasse 5 zu unterrichten. Der am Nordufer der Flensburger Förde aufgewachsene frühere Bildungsminister und Europaabgeordnete betonte, dass Nord- und Südschleswig ein Kern- und kein Randgebiet werden sollte, und sprach sich für die Einwerbung von EU-Mitteln zugunsten dieses Vorhabens aus. Haarder verwies jedoch auch darauf, dass Dänemark die Minderheitenschulen deutlich höher finanziere und man bewusst mit der vollen Gleichstellung der deutschen Schulen reagiert habe, als die Kieler Landesregierung die Reduzierung der Mittel für die dänischen Schulen beschloss (s. GFH 4/2010, S. 320).

Der Schlüssel liegt in der Sprache
Flensburg Avis, 5.5.2011

Mit einem Austauschprogramm zwischen der Flensburger Kurt-Tucholsky-Gesamtschule und der Kruså Skole entwickeln Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 8 und 9 gemeinsame Projekte. Zudem unterrichten die beteiligten Lehrkräfte an der jeweils anderen Schule. Mit diesem Kontakt soll die Grenze in den Köpfen weiter abgebaut werden, doch beklagen die Beteiligten, dass zu spät mit dem Unterricht der jeweils anderen Sprache begonnen werde.

Sollen deutsche Soldaten durch
Hadersleben marschieren?

Jydske Vestkysten, 6.5.2011
(Aufmacher der Haderslebener Lokalausgabe)

Bei seiner Festrede zum Jahrestag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Norden erregte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Folketing, der Venstre-Politiker Hans Christian Thorning, mit dem Vorschlag Aufsehen, dass künftig deutsche Soldaten bei der traditionellen Gedenkfeier in Hadersleben mit ihren dänischen Kameraden gemeinsam marschieren sollten. Das Echo auf diesen Vorschlag war – nicht überraschend – geteilt. Während die Gegner darauf verweisen, dass der Zweite Weltkrieg zeitlich noch nahe liegt und viele Betroffene noch leben, verweisen die Befürworter darauf, dass es für die Sicherung des Friedens nur gut sei, wenn man gemeinsam der Opfer der Vergangenheit gedenke und die Nachkommen der Feinde von früher als Freunde von heute und morgen eingeladen werden. Die örtliche BDN-Vorsitzende Christa Hansen äußerte sich eher zurückhaltend, befürwortete aber die Teilnahme mindestens eines deutschen Vertreters. Das Lichterfest in Hadersleben – die Beleuchtung soll an das Ende der fünf dunklen Jahre der Besetzung erinnern – spielt eine besondere Rolle, da sich in der Dammstadt noch eine relativ große Garnison befindet und weil es dort beim Einmarsch der Wehrmacht am 9.4.1940 zu einzelnen Kampfhandlungen gekommen war.

Minderheitenfinanzierung durch
Berlin ab 2012 nicht gesichert

Der Nordschleswiger, 7.5.2011

Die schleswig-holsteinischen SPD-Bundstagsabgeordneten Bettina Hagedorn und Sönke Rix beklagen, dass es auf ihre Anfragen an die Regierung keine konkreten Aussagen zur Förderung der Minderheiten im Grenzland ab 2012 gebe. Am 13. April hatte Staatssekretär Christoph

Bergner bei einer Tagung des Kooperationsgremiums für die deutsche Minderheit erklärt, dass die Förderung für 2012 nicht in gleicher Höhe wie für 2011 gesichert sei. Rix und Hagedorn fordern eindringlich klare Antworten, damit die Minderheiten nach dem harten Sparkurs 2011 endlich wieder Planungssicherheit haben können (vgl. u. a. GFH 1/2011, S. 53 ff.).

Tove und Peter „pendelten“
Der Nordschleswiger, 7.5.2011

Beim Besuch des Steuerministers Peter Christensen in Apenrade wurden nicht nur neue wirtschaftspolitische Initiativen im Grenzland besprochen, sondern auch das Problem der „Pendlersteuer“: Der Kommune Apenrade entstehen hohe finanzielle Verluste (2010: 18 Mio Kronen!), weil die zahlreichen Grenzpendler aus Deutschland dort kommunal finanzierte Sozial- und Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen können, während die von ihnen entrichteten Steuern der Staatskasse zufallen. Der Minister versprach, dass die Regierung eine Lösung für den Ausgleich der kommunalen Finanzlücke finden werde.

Landtagspräsident und Minister
starten deutsch-dänische Messe
Der Nordschleswiger, 7.5.2011

Schleswig-Holsteins Landtagspräsident Torsten Geerds und der dänische Unterrichtsminister Troels Lund Poulsen eröffneten gemeinsam die grenzüberschreitende Gründermesse Startupvejle.dk in Vejle. Die Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsentwicklungsagenturen aus Neumünster und Vejle soll Expertenwissen grenzüberschreitend vermitteln und vor allem bei Existenzgründungen Anschub

bringen. Auch in Tondern fand derweil am 4. Mai eine deutsch-dänische Exportmesse statt.

Atomlager am Fehmarnbelt?
Dänische Pläne ernten Widerspruch
Flensburger Tageblatt, 7.5.2011

Pläne zur Endlagerung radioaktiven Abfalls aus den im Jahr 2000 stillgelegten Forschungsreaktoren von Risø (Seeland) in der Nähe von Rødby (Lolland) haben zu scharfen Protesten des Tourismusverbandes Schleswig-Holstein und des Landkreises Ostholstein geführt, weil man angesichts der geografischen Nähe Beeinträchtigungen für das Bild des Landes als Urlaubsregion fürchtet. Die dänischen Behörden verwiesen auf die relativ geringe Menge des Materials. Auch die Fehmarnbeltquerung habe keinen Einfluss auf die geologische Eignung des Standorts.

Weltweiter Kulturgüterschutz für
Plattdeutsch und das Schleswiger
Kaltblut?
Flensburger Tageblatt, 7.5.2011

Der Bundestagsabgeordnete und kulturpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion Wolfgang Börnßen wies darauf hin, dass Deutschland bislang noch keine Vorschläge für die 2003 eingerichtete UNESCO-Liste des immateriellen Kulturerbes gemacht habe. Auf dieser werden u.a. Literatur, Musik, Brauchtum, Sprache u.v.a. gelistet, um sie für die Zukunft zu sichern und zu stärken.

Erinnerung an deutsche Flüchtlinge
Flensburger Tageblatt, 11.5.2011
In Oksbøl bei Varde will eine Arbeitsgruppe

ein Museum über die deutschen Flüchtlinge einrichten, die 1945 dort zu Zehntausenden in einem Lager untergebracht waren. Dafür sucht man einen deutschen Zusammenarbeitspartner. Vor einigen Jahren hatte die Studie der Medizingeschichtlerin Kirsten Lyloff, in der vor allem die hohe Kindersterblichkeit nicht zuletzt durch seinerzeit durchaus therapierbare Krankheiten hervorgehoben wurde, für Aufsehen in Dänemark gesorgt.

Der Deutsche darf nicht der Dumme sein

Der Nordschleswiger, 14.5.2011

In einem Interview mit Siegfried Matlok äußerte sich der neue CDU-Landesvorsitzende und Fraktionschef seiner Partei im Kieler Landtag Christian von Boetticher zu verschiedenen Fragen des Grenzlandes, als er wegen Fragen zur Fehmarnbelt-Querung in Kopenhagen weilte. Zu den Sparmaßnahmen gegenüber der dänischen Minderheit (s. GFH 4/2010, S. 285 ff.) äußerte sich der designierte Spitzenkandidat für die kommenden Landtagswahlen dahingehend, dass „gegenseitige Verletzlichkeiten geblieben“ seien, die möglichst rasch zu kitten seien. Dabei verwies er auch auf die „erstmalig aufgegebene parteipolitische Neutralität“ der Minderheit (s. GFH 1/2011, S. 67). In Bezug auf die Senkung der Zuschüsse für dänische Schüler auf 85 Prozent stellte er fest, dass die Gleichwertigkeit deutscher und dänischer Schüler nicht in Frage gestellt sei. Aber: „Auf der anderen Seite: Wenn Sie eine Situation haben, in der die dänischen Schulen die bestausgestatteten der Region sind, in die das arme Schleswig-Holstein auch Geld rein gibt, dann darf der Abstand nicht so groß werden, dass daraus in der Grenzregion selber eine Unzu-

friedenheit zwischen Deutschen und Dänen wird. Auch das wäre Sprengstoff, und darauf gilt es ein Augenmerk zu halten. [...] Es darf nicht das Gefühl entstehen, dass derjenige, der sich in der Grundschule für Dänentum und dänische Schule entschieden hat, der Kluge war, während derjenige, der Deutsch geblieben ist und auf die deutsche Schule gehen muss, der Verlierer ist. [...]“ Diese Aussagen führten zu deutlichen Unmutsäußerungen auf Seiten der dänischen Minderheit, und es gab Vorwürfe, dass von Boetticher mit solchen Äußerungen zur Konfrontationspolitik früherer Jahrzehnte zurückkehren würde. – Ferner äußerte von Boetticher sich kritisch zur Frage der Errichtung eines Atommülllagers auf Lolland und zur Wiedereinführung von festen Grenzkontrollen.

Düppel gewann Schlacht um historische Filmförderung

Jydske Vestkysten, 14.5.2011

Danmarks Radio bewilligt 100 Mio Kronen, um nach Vorlagen aus Tom Buk-Swientys Bestsellern „Slagtebænk Dybbøl“ (s. GFH 1/2010, S. 77) und „Dommedag Als“ (s. GFH 3/2011) eine Filmdramaserie zu drehen. Regisseur soll Ole Bornedal sein, der 1995 mit „Nattevagten“ (Nachtwache) auch in Deutschland bekannt wurde. Ausgestrahlt werden soll die TV-Serie auf DR vermutlich 2014 in Verbindung mit dem 150. Jahrestag der Schlachten.

Keine neuen Schlagbäume in den Köpfen des Grenzlandes

Der Nordschleswiger, 14.5.2011

Bei einem Verkehrs- und Wirtschaftssymposium der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein in Kopenhagen erklär-

te Ministerpräsident Carstensen, dass die Schlagbäume aus den Köpfen verschwunden seien und auch durch die [zu diesem Zeitpunkt noch] neue Debatte (s.o.) keine neuen Schlagbäume entständen. Dabei schlug er vor, die bewährte Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Süddänemark auf ganz Dänemark auszuweiten, um gemeinsame Positionen zu europäischen Fördermechanismen zu entwickeln.

Kommunen scheffeln Millionen von Sozialbetrügnern

Jydske Vestkysten, 16.5.2011

Durch die Verfolgung von Hinweisen auf möglichen Sozialbetrug haben viele dänische Kommunen Millionen Kronen zurückerhalten. Die Hälfte der süddänischen Kommunen setzt dabei auch auf die umstrittenen Möglichkeit anonymer Anzeigen (s.GFH 4/2011, S. 320), darunter auch Tondern. Apenrade lehnt dies nach wie vor kategorisch ab.

Immer noch Unsicherheit wegen TV

Flensborg Avis, 19.5.2011

Südlich der Grenze fürchtet man, dass das zweite dänische Fernsehprogramm TV 2 nicht mehr in Südschleswig empfangen werden kann, wenn der bisher öffentlich-rechtliche Sender zum Jahreswechsel zu einem Abonnentenprogramm umgewandelt wird, das zudem den Sendebetrieb komplett von analog auf digital umschalten wird (s. GFH 1/2011, S. 70).

Grünes Licht für deutsch-dänische Kommission

Der Nordschleswiger, 21.5.2011

Nach der Zusage des Bundesverkehrsmi-

nisters Peter Ramsauer wird nun die lange gewünschte deutsch-dänische Verkehrskommission eingerichtet (s. GFH 1/2011, S. 69). Das Gremium, in welchem 12 Verkehrsexperten und Wirtschaftsvertreter sitzen werden, soll bereits ab Herbst klare Empfehlungen zur grenzüberschreitenden Infrastruktur-Koordinierung abgeben.

Blåvand bereitet sich auf wilde Jugendliche von deutschen Gymnasien vor

Jydske Vestkysten, 21.5.2011

Mit hohen Depositum-Forderungen für die Miete eines Sommerhauses und privaten Wachleuten will man an der dänischen Westküste verhindern, dass angehende Abiturienten aus der Hamburger Gegend den Beginn der Vorbereitungszeit für die mündlichen Prüfungen mit Vandalismus begehen, wie es in den letzten Jahren häufiger der Fall gewesen ist.

Allianz für den Norden

Flensburger Tageblatt, 27.5.2011

Der schleswig-holsteinische CDU-Vorsitzende Christian von Boetticher sprach sich für die Schaffung einer „Allianz für den Norden“ mit Hamburg und Dänemark aus, nicht zuletzt um Bundes- und EU-Mittel in die Region zu bekommen (vgl. a. GFH 1/2010, S. 64).

Steuerkronen für Schmähkunst

Danmarks Radio TV-Avisen, 1.6.2011

Bei der diesjährigen Biennale in Venedig wurde im dänischen Pavillon ein Holzschnittwerk des deutschen Künstlers Thomas Kilpper ausgestellt. Dieses beinhaltet 33 Gesichter von Personen, die dessen

Ansicht nach das Grundrecht der Meinungsfreiheit und demokratisch missbraucht hätten. Dazu zählen u.a. die Vorsitzende der von Kilpper als „faschistisch“ bezeichneten Dansk Folkeparti, Pia Kjærsgaard, der vormalige Regierungschef und jetzige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und der für die Karikaturenserie „Mohammeds ansigt“ (s. GFH 1/2006, S. 65 f.) verantwortliche Kulturredakteur von Jyllands-Posten, Flemming Rose. Dabei können deren Gesichter mit Füßen getreten werden. Der staatliche Kunstrat verteidigte die Bewilligung von 240.000 Kronen, während es vor allem aus dem bürgerlichen politischen Lager massive Proteste gegen die Förderung dieses provokativen Kunstwerks gab.

H. H. Hansen:

Bonn-Kopenhagener Erklärungen
in Realität gekündigt

Der Nordschleswiger, 4.6.2011
(Aufmacher)

Beim Kongress der Föderation Europäischer Volksgruppen im burgenländischen Eisenstadt beklagte der Vorsitzende Hans Heinrich Hansen eine europäische Systemkrise, die nicht zuletzt an der Infragestellung bisher gemeinsamer Werte in der Minderheitenpolitik ablesbar sei. Konkret nannte der frühere Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger das Problem, dass die öffentlichen Aufwendungen zugunsten der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland inzwischen zu 70 Prozent von dänischer Seite getragen werden. Als besonders negatives Beispiel nannte Hansen die Aufkündigung der Gleichberechtigung durch die einseitige Kürzung der Förderung für die dänischen Schüler von Seiten der Landesregierung.

Mit Schwung über die Grenze

Der Nordschleswiger, 6.6.2011

Mit einem Volksfest gedachten mehrere Lokalpolitiker und zahlreiche Gäste am bis 2001 geschlossenen Grenzübergang Sophiental/Fehle der Grenzöffnung vor zehn Jahren. Auf einer großen Airtrack-Matte konnte man quer über die Grenze hüpfen. Die Festansprachen hielten Regionschef Carl Holst und Botschafter Christoph Jessen, der hervorhob, dass die Veranstaltung, auf der deutsche und dänische Lokalpolitiker, Bürgermeister, Minderheitenvertreter und viele andere ungezwungen zusammen kamen, sinnbildlich für heutige grenzenlose Verbindungen sei. Dennoch stand die Veranstaltung ein wenig im Schatten der angekündigten neuen Grenzkontrollen, und einzelne junge Leute hatten sich an der Airtrack-Matte auf Grenzhöhe ironisch als Zöllner postiert.

Preise halten Touristen von
Dänemark fern

Flensburg Avis, 7.6.2011

Laut einer ADAC-Studie ist Dänemark das teuerste unter den beliebtesten Urlaubsländern der Deutschen in Europa.

Neuer Schlag gegen Sinti und Roma

Flensburg Avis, 9.6.2011

Die CDU im Landtag lehnte ohne nähere Begründung den Vorschlag ab, auch die Sinti und Roma in der Landesverfassung als zu schützende autochthone Minderheit zu nennen. Auch die FDP, die vor der letzten Wahl diesen Vorschlag unterstützte, schloss sich der CDU an.

Beschimpfter Botschafter:
Die Grenze verbindet

Jydske Vestkysten, 11.6.2011

Nach drei Jahren im Amt geht der deutsche Botschafter in Kopenhagen, Dr. Christoph Jessen, in Pension. Der seit 1975 im Auswärtigen Amt tätige Jurist erwarb sich nicht zuletzt durch seine Offenheit und viele bemerkenswerte Beiträge zur Lage im Grenzland hohes Ansehen (z.B. GFH 2/2010, S. 95 ff.). Da er sich kurzzeitig in den Konflikt um die Einführung neuer Grenzkontrollen eingeschaltet hatte, erntete er wenige Tage vor seiner Demission heftige Kritik von DF-Chefin Pia Kjærsgaard (s.o.). Dies kommentierte der frühere dänische Außenminister und Venstre-Parteichef Uffe Ellemann-Jensen mit den Worten: „Es tut mir sehr leid, dass er dermaßen unangemessen und unbegründet von Pia Kjærsgaard angegriffen wurde. Aber er kennt Dänemark so gut, dass er weiß, dass es einer Ehrung gleichkommt, wenn man von Pia Kjærsgaard vollgesudelt wird.“

Deutschklasse erreicht 11,9
im Durchschnitt

Jydske Vestkysten (Aufmacher Tondern-Ausgabe), 11.6.2011

Als voller Erfolg erwies sich der Deutschunterricht auf Muttersprachniveau am Gymnasium in Tondern. Fast alle Absolventen erreichten bei der für das Abitur mitzählenden Prüfung die Höchstnote 12, nur einer musste sich mit der zweitbesten Note 10 begnügen. Entstanden war der Sonderkursus nach einer Eigeninitiative von Schülern, für die der bisherige Deutschunterricht aufgrund ihrer Vorkenntnisse nicht ergiebig war. Der damalige Unterrichtsminister Bertel Haarder erteilte der Schule vor zwei Jahren schnell die Genehmigung.

Im kommenden Jahr werden 23 weitere Abiturienten diesen Kurs abschließen.

Deutsche jammern auf hohem Niveau/
Das Glück wohnt in Dänemark

Flensburger Tageblatt bzw. Kristeligt Dagblad, 11.6.2011

Nach einer OECD-Studie über das subjektive Wohlbefinden in 103 Ländern, darunter alle OECD-Staaten, sind die Deutschen trotz ihres materiellen Wohlstands im Durchschnitt weniger glücklich als die Menschen in vielen ärmeren Ländern und werden erst auf Platz 47 geführt. An der Spitze liegt demzufolge Island vor Neuseeland und Norwegen. Dänemark wird in der deutschen Ausgabe nur auf Platz 39 geführt, während man sich in Dänemark selbst nach wie vor an der Spitze der Glücksskala sieht. Näheres hierzu unter www.oecdbetterlifeindex.org.

Minderheitenleben jetzt auch
im Deutschen Museum

Der Nordschleswiger, 17.6.2011

Ein Teil der über 500 Gegenstände und Bilder, die das Deutsche Museum Nordschleswig im Zuge des Projekts Minderheitenleben erhalten hat (s. GFH 4/2010, S. 265 ff.), ist nun in der festen Ausstellung in Sonderburg zu sehen. Bei der Eröffnung wurde gleichzeitig Museumsleiterin Ruth Clausen verabschiedet, die künftig hauptamtlich bei der Reederei Jepsen in Apenrade das Firmenarchiv betreuen wird.

Dänische Studierende gehen nicht
ins Ausland

Jydske Vestkysten, 17.6.2011

Dänische Wirtschaftsvertreter fürchten

für die Zukunft um die Konkurrenzfähigkeit, wenn nicht mehr dänische Studierende einen Auslandsaufenthalt einlegen. 2008/2009 waren dies knapp 5300 und damit nur wenige hundert mehr als vor zehn Jahren. Nur knapp ein Viertel der Universitätsstudierenden wagen den Schritt über die Grenze. Die meisten verbringen nur ein Semester im Ausland, die allermeisten in englischsprachigen Ländern. Deutschland rangiert immerhin auf Rang 3 hinter den USA und Großbritannien.

Neuer dänischer Druck auf Kiel

Flensburg Avis, 18.6.2011

Die dänische Minderheit hält unvermindert an ihrer Forderung nach Gleichstellung ihrer Schüler fest und erhält dabei nach wie vor Unterstützung aus dem Königreich. Der Vorsitzende des Südschleswig-Ausschusses im Folketing Kim Andersen (Venstre) hat neue Gesprächsbereitschaft erkannt. Derweil hat der Bund zugesagt, wie im Vorjahr wieder einen Beitrag zur Senkung der Finanzierungslücken beim Schulverein zu leisten (s. GFH 4/2010, S. 285 ff. und S. 323).

Deutsche auf der Jagd nach dänischen Ländereien

Jydske Vestkysten (Aufmacher), 20.6.2011

Immer mehr landwirtschaftliche Nutzflächen in Süddänemark werden von deutschen Landwirtschaftsbetrieben zu nicht geringen Preisen angemietet, um dort Mais für die Produktion von Biogas in Deutschland anzubauen. Im vergangenen Jahr haben Landwirte aus Nordschleswig zudem Mais nach Deutschland in einer Menge verkauft, deren Anbaufläche dem Gesamtareal der Insel Ærø entspricht. Ebenso

wie vielerorts in Deutschland protestiert nun auch der dänische Naturschutzbund (Danmarks Naturfredningsforening) gegen den dünger- und pestizidintensiven Massen-anbau von Energiemais, der zudem als alles andere als landschaftsästhetisch empfunden wird.

Minderheit liefert Kompass für sicheren Weg im Grenzland

Der Nordschleswiger, 20.6.2011

Festredner beim diesjährigen Knivsbergfest waren die Sozialdemokratin Anne Sina, Abiturientin des deutschen Gymnasiums für Nordschleswig, und der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Torsten Geerds, der die deutsche Volksgruppe u.a. für ihre gelebte Zweiströmigkeit, Offenheit und feste Verbundenheit mit der umgebenden Gesellschaft lobte.

Deutsch ab 5. Klasse gefordert

Der Nordschleswiger, 22.6.2011

Eine Arbeitsgruppe der Unterrichts- und Wissenschaftsministerien unter Vorsitz von Ex-Dekanin Bodil Due (s. GFH 1/2010, S. 65) forderte zu einer erheblichen Erweiterung des Sprachunterrichts in Dänemark auf. Englisch sollte schon ab Klasse 1, Deutsch oder Französisch spätestens ab Klasse 5 unterrichtet werden, auch andere Sprachen sollten schon in der Volksschule bis Klasse 10 angeboten werden. Ein großes Problem sei die im letzten Jahrzehnt auf die Hälfte gesunkene Zahl von Sprachstudenten im Lehramtsstudium, von denen wiederum weit mehr als die Hälfte nur Englisch belege.

Demokratiebegriff in Dänemark

Jeppe Nevers

Fra skældsord til slagord

Demokratibegrebet i dansk
politisk historie

Odense: Syddansk Universitetsforlag
2011, 225 S.

An jedem 5. Juni feiert man in Dänemark den „grundlovsdag“, den Tag des Grundgesetzes, das am 5. Juni 1849 von König Frederik VII. unterzeichnet wurde und Dänemark zu einer konstitutionellen Monarchie machte. Mit Stolz blicken die Dänen auf diesen Tag zurück, obwohl im Juni 1849 keine Demokratie im heutigen Sinne eingeführt wurde. So blieben z. B. Frauen und Besitzlose über Jahrzehnte vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen.

Jeppe Nevers geht in seiner Dissertation dem dänischen Demokratiebegriff nach, wobei er den sich allmählich entwickelnden und ständig neu definierten Demokratiebegriff aus der jeweiligen Zeit heraus beschreibt. Das Revolutionsjahr 1848 erschütterte die noch absolutistisch herrschenden Monarchien, die mit begrenzten Zugeständnissen Zeit gewinnen wollten. Das Wort „Demokratie“ verblieb lange ein Schimpfwort („skældsord“). Von der „Herrschaft des Pöbels“ („pøbelvælde“) war damals warnend die Rede. Das Wort hatte nicht nur für den Adel, sondern bis weit hinein in das Besitzbürgertum einen verdächtigen, aufrührerischen Klang. Das 1849 eingeführte (und 1953 nach einer Volksabstimmung wieder abgeschaffte)

Zwei-Kammer-System mit Folketing und Landsting lässt sich aus heutiger Sicht nur als „Demokratiebremse“ verstehen, denn das Landsting, dessen Mitglieder zum Teil vom König ernannt wurden, sollte mögliche revolutionäre Ansätze des Folketing zügeln.

Jeppe Nevers hat mit dieser interessanten Veröffentlichung seine überarbeitete Dissertation an der Syddansk Universität vorgelegt. In weiteren Kapiteln beleuchtet der Verfasser die griechischen, englischen, französischen und US-amerikanischen Demokratiebegriffe, indem er sie aus dem zeitlichen Kontext heraus entwickelt.

Für den Leser der GFH sind aber wohl die auf Dänemark bezogenen Analysen die interessantesten Abschnitte des Buches, denn Dänemark konnte – im Gegensatz zu so vielen anderen europäischen Demokratien der 1920er Jahre – den Versuchen faschistischer und faschistoider Systemänderungen widerstehen.

In den Parteiprogrammen der dänischen Sozialdemokratie fand sich noch bis in die 1950er Jahre hinein ein Passus, der die Abschaffung der Monarchie und die Einführung einer Republik forderte. Ganz still ist man davon abgerückt, auch wenn die Genossen noch lange als „kongelige socialdemokrater“ bespöttelt wurden.

Heute gehen in Dänemark Monarchie (= Alleinherrschaft) und Demokratie (= Volksherrschaft) eine nationale Symbiose ein. Aus einem Schimpfwort wurde ein konsensfähiges politisches Credo. Jeppe Nevers weist nach, dass der Weg dahin sich über mehrere Jahrhunderte erstreckte und steinig war.

Eckhard Bodenstein

Deutschland als Unterrichtsthema in Dänemark

Tyskland fra Rødhætte til Rammstein

Om tysk national identitet

København: Columbus, 2010. 160 S.,
zahlreiche Abb., zugehörige Homepage
auf www.forlagetcolumbus.dk

Deutschland „zwischen Rotkäppchen und Rammstein“ ist ein neues Lehrbuch für die gymnasiale Oberstufe, mit welchem Schülern in Dänemark ein differenziertes Bild des heutigen Deutschlands und seiner jüngeren Geschichte vermittelt werden soll. In erster Linie ein Geschichtsbuch, wird es jedoch gerade für den Gebrauch im fachübergreifenden Unterricht empfohlen, der in Dänemark immer weiter verbreitet wird. Ergänzt wird das Buch durch einige weiterführende Informationen und Dokumente auf der Internet-Seite des Verlages, eines der renommiertesten dänischen Schulbuchverlage vor allem für kultur- und gesellschaftswissenschaftliche Fächer. Schwerpunktthemen sind die deutsche Geschichte und das nationale Selbstverständnis, wobei in erster Linie die Geschichte der vergangenen 200 Jahre abgedeckt wird. Das Buch ist in sechs Kapitel gegliedert, die überwiegend der historischen Chronologie folgen. In allen finden sich mehrere Abbildungen und zeitgenössische Zitate sowie am Ende verschiedene Quellentexte. Ist das einleitende Kapitel dem Deutschlandbild in Dänemark gewidmet, deckt das zweite Kapitel („Hymne und Flagge“) die Zeit bis 1864 ab, als die Frage der nationalen Einheit der vielen deutschen Staaten immer aktueller wurde. Das dritte Kapitel („Blut und Eisen“) befasst sich einerseits mit den „Einigungskriegen“

(1864-71), andererseits aber auch mit kultur-, wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fragen. Der vierte Abschnitt („Gott mit uns!“) ist dem Kaiserreich gewidmet und stellt auch einige Fragen zum Thema Religion, namentlich zur Säkularisierung. Im fünften Kapitel „Ein Hang zum Totalitären?“ werden Weimarer Republik, NS-Diktatur und DDR abgehandelt. Im sechsten und letzten („Einheit, Freiheit, Frieden“) geht es schließlich um die Bundesrepublik von der „Stunde null“ bis zur Vereinigung sowie für die Zeit bis heute um einige Gedanken zum Thema deutsche Identität. Die langen Geschichtslinien und -zusammenhänge werden generell auf das für die Schüler Wesentliche reduziert.

Auch wenn im Vorwort und in der Werbung des Verlags auf die fachübergreifende Ausrichtung des Buchs hingewiesen wird, ist es in erster Linie ein Geschichtsbuch. Zwar lässt sich manches auch im Fach Wirtschaft/Politik verwenden (namentlich zum zentralen Thema Identität), aber leider werden wichtige Punkte wie z. B. das politische System, der Föderalismus (und damit auch der für viele Dänen schwer nachvollziehbare Vorrang der Region vor der Nation bei der Identitätsfindung vieler Deutscher), Deutschland in Europa und die wirtschaftliche Entwicklung fast völlig ausgeblendet. Religion spielt – abgesehen von der oben genannten Stelle – im Buch ebenfalls fast keine Rolle. Für das Fach Deutsch gibt es naturgemäß viele Anknüpfungspunkte, und viele Texte sind über die Homepage im Original zu finden. Auch das Fach Sport ist gut vertreten, nicht zuletzt mit Hinblick auf die identitätsstiftende Rolle des Fußballs. Andere Fächer wie Philosophie, Kunst, Musik und nicht zuletzt Dänisch werden ebenfalls an mehreren Stellen Anknüpfungspunkte finden. Zwar verstehen es die Verfasser – daran-

ter übrigens die Fachkonsultantin für Geschichte am Unterrichtsministerium Lene Jeppesen – gut, verschiedene deutsche Perspektiven mit einzubeziehen und ein differenziertes Bild fernab von lange verbreiteten Klischees zu vermitteln, doch ist die Sichtweise natürlich eine dänische. Störend wirkt dabei, dass immer wieder die „wir“-Form benutzt wird, wenn von Dänemark die Rede ist. Weitere Schwachpunkte sind mangelhafte Quellenhinweise bei Bildern und Zitaten (für die meisten wird pauschal auf die Internetseite www.zitate.de verwiesen) und die fast völlige Abwesenheit von Karten. Der Orientierungsgehalt der Bildtexte ist sehr unterschiedlich. Unverständlich erscheint mir die Wahl des Titlbilds, eine fast wie ein Biedermeier-Gemälde dargestellte recht brutale Szene von einem Plattencover der im Buch an mehreren Stellen zitierten „Dance-Metal“-Band „Rammstein“. In welchem Verhältnis dieses Bild zum Deutschland von heute oder gestern oder zu weiteren zentralen Fragestellungen des Buches steht, bleibt mir auch nach mehrmaliger Lektüre völlig unklar.

Trotz der genannten Schwächen gibt das Buch Hoffnung, dass deutsche Geschichte und Gesellschaft wieder häufiger einen Platz im dänischen Gymnasialunterricht bekommen. Die Studienordnungen für die verschiedenen gymnasialen Ausbildungen geben mit ihrem ausdrücklichen Auftrag zu verschiedenen Gebietsstudien („Områdestudier“) dazu Raum, gerade auch im fächerübergreifenden Unterricht wie zum Beispiel der zweijährigen Kulturfachgruppe (Geschichte, Wirtschaft/Politik, Religion) für das Højere Forberedelseseksamen – ein zweijähriger, kompakter Verlauf der gymnasialen Oberstufe, der den Weg zu vielen Ausbildungs- und Studiengängen auch ohne „Voll-Abitur“ (Studenten-

eksamen) bahnt und von der Wertigkeit in etwa der deutschen Fachhochschulreife entspricht. Man kann dem Autorentrio nur zustimmen, wenn sie im Vorwort feststellen, dass Deutschlands Weg zum demokratischen Nationalstaat von heute exemplarisch für die Entwicklung vieler europäischer Staaten ist, gleichzeitig viele Aspekte aber in vielfacher Vergrößerung zeigt – und daher auch weit über die eigentliche Beschäftigung mit Deutschland als Unterrichtsgegenstand hinaus sehr gut als fächerübergreifendes Thema geeignet ist. Und da ist es mehr als nur ein willkommener Nebeneffekt, wenn dieses Buch dazu beitragen kann, ein differenziertes Bild vom „großen Nachbarn im Süden“ zu vermitteln.

Gerret Liebing Schlaber

Friedrich Paulsen im Kaiserreich

Klaus Kellmann

Friedrich Paulsen und das Kaiserreich

Neumünster: Wachholtz Verlag 2010, 160 S.

Theodor Storm, Emil Nolde, Theodor Mommsen, Ernst Barlach, Max Planck, Thomas Mann: In diese – unvollständige – Ehrengalerie der großen Schleswig-Holsteiner gehört auch Friedrich Paulsen. Der aus Langenhorn in Nordfriesland stammende Philosoph Paulsen (16.7.1846-14.8.1908) war einer der bekanntesten Gelehrten Deutschlands, dessen Vorlesungen in Berlin einen studentischen Massenzulauf erlebten. Als erster deutscher Professor für Pädagogik und Wegbereiter der politischen Bildung schrieb er im wilhelminischen Kaiserreich Bildungsgeschich-

te, die bis in die Gegenwart fortwirkt. Vor allem seine weltweit übersetzten Bücher – namentlich die „Einleitung in die Philosophie“ von 1892 – trugen seinen Ruf rund um den Erdball und ihm so manche Offerte für eine Gastprofessur an amerikanischen Universitäten ein.

Leben, Werk und Wirkung des politischen Wissenschaftlers und Denkers waren weitgehend in Vergessenheit geraten, bis anlässlich seines 100. Todestages 2008 vom Nordfriisk Instituut in Bredstedt, das sich dem Erbe des bedeutenden Nordfriesen in besonderer Weise verpflichtet fühlt, ein Friedrich-Paulsen-Jahr ausgerufen wurde. Eine unter der Mitwirkung von Flensburger Studenten gestaltete, vielbeachtete Wanderausstellung, eine von der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein und dem Nordfriisk Instituut gemeinsam in Kiel veranstaltete, ertragreiche Konferenz und die editorisch beispielhafte Herausgabe der vollständigen Lebenserinnerungen durch Dieter Lohmeier und Thomas Steensen (s. GFH 4/2009, S. 223 ff.) haben zur Wiederentdeckung Paulsens geführt. Zugleich aber wurden die Forschungsdefizite offenbar, die nach wie vor zu beklagen sind. So ist noch der umfangreiche Quellschatz von über 10.000 Briefen von und an Paulsen zu heben. Einen bedeutsamen Baustein zur Friedrich-Paulsen-Forschung hat Klaus Kellmann mit seinem nach mehrjähriger Vorarbeit publizierten Buch „Friedrich Paulsen und das Kaiserreich“ gelegt. Der Kieler Historiker und Autor fühlt sich in mehrfacher Hinsicht Paulsen verbunden: Er wurde – wie der große Gelehrte – im nordfriesischen Langenhorn geboren und ist seit 1985 als Dezernent an der Landeszentrale für politische Bildung in Kiel tätig, einer Einrichtung, deren Selbstverständnis auf Paulsens frühen Ideen und Initiati-

ven zur Bildungspolitik fußt. Für Kellmann lag es also auf der Hand, die von ihm mit initiierte und vorbereitete Friedrich-Paulsen-Konferenz, aus der auch ein Sammelband hervorgegangen ist (s. GFH 1/2011, S. 88 f.), durch eigene Vorträge und Diskussionsbeiträge zu bereichern.

Kellmanns aufschlussreiche Studie stützt sich auf eine außerordentlich breite Quellenbasis. Der Verfasser hat die Faktenfülle auf ihre grundsätzliche Bedeutung hin durchleuchtet und daraus ein Gerüst geformt für einen Text, der sich bei aller wissenschaftlichen Fundiertheit flüssig liest. Kellmann arbeitet die Verdienste Paulsens heraus, der – zum Beispiel – selbst in persönlicher Konfrontation mit Kaiser Wilhelm II. das Monopol des humanistischen Gymnasiums brach und es für „Talente aus allen Bevölkerungsschichten“ öffnete. Das war, so schreibt Kellmann, Paulsens „größter Schul- und allgemeinpolitischer Sieg“. Der Autor unterschlägt aber auch nicht deutliche Kratzer am Denkmal Paulsen: die nicht gerade von fortschrittlichem Denken und Liberalität geprägten Positionen zu Monarchie und Demokratie, zum Judentum und zur Stellung der Frau in Staat und Gesellschaft.

Vorgelegt hat Klaus Kellmann ein anregendes, nämlich gründlich recherchiertes und brillant geschriebenes Buch zur Lebens- und Wirkungsgeschichte eines faszinierenden Weltbürgers aus dem ländlichen Langenhorn. Es ist zu hoffen und zu wünschen, dass es weitere Arbeiten zu Friedrich Paulsen auslöst.

Bernd Philipsen

Rolf Fischer

„Der Bahn, der kühnen, folgen wir ...“

Stephan Heinzel und der Aufstieg der
Kieler SPD

Geschichte der Kieler Sozialdemokratie,
Bd. 1, 1863-1900. Malente: Schleswig-
Holsteinischer Geschichtsverlag 2010.
104 S.

Rolf Fischer liefert mit dem Beitrag zu Stephan Heinzel den ersten Teil einer auf drei Bände angelegten „Geschichte der Kieler Sozialdemokratie“. Fischer, Landtagsmitglied der SPD seit 2000, führt den Leser in die turbulenten Anfangsjahrzehnte der Sozialdemokratie, in denen Stephan Heinzel (1841-1899) zum anerkannten Führer der Kieler Arbeiterschaft wurde.

Heinzel kommt am 3. September 1841 in einem mährischen Dorf zur Welt. In ärmliche kleinbäuerliche Verhältnisse hineingeboren, verliert er mit acht Jahren seinen Vater. Schon als Vierzehnjähriger verlässt er sein Dorf und absolviert eine Schneiderlehre in Wien. Es folgen Jahre der Wanderschaft, die den jungen Schneider nach Hamburg führen und Mitglied der lassalleanischen Bewegung (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein) werden lassen. Heinzel zieht Ende 1870 nach Kiel und findet in der Fördestadt seine zweite Heimat. Hier gründet er mit der Arbeitertochter Magdalena Hein eine kinderreiche Familie und schlägt auch in der Politik schnell Wurzeln: Hauptredner auf den großen Versammlungen, Delegierter zu den wichtigen Parteikongressen, Reichstagskandidat, erster sozialdemokratischer Stadtverordneter im Kieler Rathaus.

Dabei zeichnete Heinzel eine Besonder-

heit aus: Er stand immer konsequent zu seiner lassalleanischen Überzeugung vom hohen Stellenwert des Staates für die Befreiung der Arbeiter. Daran hielt er auch nach der Vereinigung (1875) mit den von Marx beeinflussten „Eisenachern“ um August Bebel fest. Nach Fischers Darstellung hat dieses in der Kieler Partei langfristig zur Vermeidung von Flügelkämpfen geführt. Die Bereitschaft, für seine Ideale notfalls ins Gefängnis zu gehen, teilte Heinzel allerdings mit den anderen Arbeiterführern. Der Staat begegnete nämlich der noch jungen politischen Arbeiterbewegung mit Ausgrenzung und Verboten, und zwar schon vor dem Bismarckschen Sozialistengesetz (1878-1890). Fischer liefert zahlreiche anschauliche Beispiele dafür, mit welchen Strategien und Tricks der begabte und angriffslustige Agitator Heinzel mit seiner Partei dem Verfolgungsdruck der preußischen Polizei zu entgehen versuchte. Interessant ist hierbei, dass man damals schon die enge Kooperation mit den dänischen Sozialdemokraten suchte: So kam es zu geheimen Treffen in Kopenhagen, und Matrosen der Dänemark-Fähren brachten sozialistische Druckschriften mit nach Kiel.

Nach der lesenswerten Biographie zu Hermann Lüdemann gelingt es Rolf Fischer hier erneut, Personengeschichte mit allgemeiner Geschichte sinnvoll zu verbinden. Die Darstellung ist gründlich recherchiert, aber nicht überfrachtet. Auf die weiteren Bände zur Geschichte der Kieler Sozialdemokratie darf man gespannt sein.

Jens Christian Jacobsen

Peter Jan Joachim Kroh

Nationalistische Macht und nationale Minderheit

Jan Skala (1889-1945) – ein Sorbe in Deutschland

Berlin: Kai Homilius Verlag 2009, 408 S., Ill. im Anhang

Dass die sorbische Volksgruppe in der Lausitz seit dem Ende der DDR eng mit den nationalen Minderheiten im Schleswigschen zusammenarbeitet, ist allgemein bekannt. Außerhalb von engen Fachkreisen eher in Vergessenheit geraten ist heute, dass es auch vor 1945 sehr enge Verbindungen zwischen den verschiedenen Minderheiten im damaligen Deutschen Reich gegeben hat. Zu den wichtigsten Persönlichkeiten der damaligen Minderheitenarbeit gehört der sorbische Journalist und Lyriker Jan Skala (1885-1945), über den sein Enkel Peter Kroh nun eine biografisch-historische Darstellung vorgelegt hat, die auch interessante und bislang kaum bekannte Aspekte des Minderheitenseins in Südschleswig darlegt. Im Gegensatz zu vielen Biografien hat Peter Kroh keinen chronologischen, sondern einen thematischen Aufbau gewählt. Dies hat den Vorteil, dass wesentliche Themen in Skalas Leben deutlicher herausgearbeitet werden können und dass die Biografie deutlicher in den Kontext der Geschichte der Lausitzer Sorben, aber auch generell der nationalen Minderheiten im damaligen Deutschen Reich vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg gesetzt werden kann, und gerade dies macht die Biografie auch für Leser im schleswigschen Grenzland interessant. So war Skala 1924 maß-

geblich an der Gründung des Verbandes der nationalen Minderheiten in Deutschland beteiligt, dem die Verbände der süd-schleswigschen Dänen (siehe hierzu auch die Studie von Tanja Schumacher: *Mellem nationale interesser og mindretalsloyalitet. Aabenraa: Institut for Grænseregionsforskning*, 2002), der polnischen Volksgruppen im damaligen Reich, der ostpreußischen Litauer und der Lausitzer Sorben angehörten – ebenso der Friesisch-Schleswigsche Verein als Vertretung jenes Teiles der Nordfriesen, der die kulturelle Eigenständigkeit der Volksgruppe betonte. Zudem war Skala als Redakteur der Verbandszeitschrift „Kulturwehr“ (zunächst „Kulturwille“) aktiv, bis diese von den nationalsozialistischen Machthabern verboten wurde. Da Skala auch viele Kontakte ins Ausland pflegte und über die immer bedrängtere Lage seiner Volksgruppe berichtete, wurde er schließlich mit Berufsverbot belegt und zeitweise (1938) in Haft genommen.

Weil ein wesentlicher Teil von Dokumenten aus Skalas Leben verloren ging, als die seinerzeit in Berlin lebende Familie ausgebombt wurde, musste Kroh die Belege aus teilweise weit verstreuten Archiven und Publikationen zusammentragen. Dazu zählen auch die in Apenrade (Landsarkivet), Bredstedt (Nordfriisk Institut) und Flensburg (Arkivet ved Dansk Centralbibliotek) aufbewahrten Privatarchive dänischer und friesischer Minderheitenpolitiker, insbesondere von Johannes Oldsen, Ernst Christiansen und Jacob Kronika, mit denen Jan Skala in regelmäßiger Verbindung stand. Dies betraf nicht nur die Zusammenarbeit im Verband der Minderheiten und bei der Zeitschrift „Kulturwehr“. Als er nach seiner Haftzeit nicht wieder journalistisch arbeiten durfte, musste er sich mit Gelegenheitsarbeit (meist in der Buchhaltung kleinerer Betriebe) durchschlagen,

und zudem wurde seine Familie ausgegrenzt, die von Bautzen zunächst nach Berlin und dann ins niederschlesische Namslau zog. In dieser schwierigen Phase waren es die Freunde aus Flensburg, die ihm auch finanziell halfen, namentlich Flensburg-Avis-Chefredakteur Ernst Christiansen († 1941), dessen Nachfolger Lorenz Peter Christensen und der Berliner Korrespondent Jacob Kronika. Wie diese stand der Sozialist und Pazifist Skala unter besonderem Druck, sich unter der NS-Herrschaft zu behaupten, doch hatten es die slawischen Sorben ungleich schwerer als Dänen und Friesen, und dies teilweise bereits in der Zeit der Republik. Zur tragischen Geschichte des NS-Verfolgten Jan Skala gehören nicht nur die Drangsale der NS-Behörden und der gewaltsame Tod vieler Weggefährten in NS-Gefängnissen und Konzentrationslagern, sondern auch der Tod seines gleichnamigen Sohnes ein Jahr nach dem Einzug in die Wehrmacht – und schließlich Skalas eigener Tod, als er drei Tage nach dem Einmarsch der Roten Armee in seinen damaligen Wohnort von einem sowjetischen Soldaten erschossen wurde.

Das Buch ist nicht nur durch den gut durchdachten thematischen Aufbau recht leicht zugänglich, sondern auch durch eine gut ausgestattete Zeittafel. Zwar wird der Text nicht durch Illustrationen aufgelockert, doch finden sich zahlreiche interessante Dokumente im Anhang. Durch Angehörige des Protagonisten verfasste Biographien sind immer eine schwierige Angelegenheit, und Peter Krohs Bemühen, den nach 1990 etwas in Vergessenheit geratenen Großvater (beispielsweise legte der Verband sorbischer Studenten bei der Neugründung 1991 dessen Namen ab) ins rechte Licht zu setzen, ist deutlich zu spüren, doch gelingt es ihm durchaus auch, Fehler und

Irrtümer in Skalas Handeln zu benennen. Wenn auch mitunter der undifferenzierte Gebrauch des Begriffs „faschistisch“ nach DDR-Tradition beim Lesen etwas stören mag, stellt die Skala-Biografie von Peter Kroh doch ein interessantes Stück Minderheitengeschichte in Deutschland dar.

Gerret Liebing Schlaber

Neuer Reiseführer

Niels Damkjær

Turen går til Syd- og Sønderjylland

København: Politiken 2010, 132 S., ill.

Auch in die wohl bekannteste Reihe dänischer Reiseführer haben die neuen administrativen Strukturen im Königreich Einzug gehalten. Der neue Band über „Süd- und Süderjütland“ – die sperrige und kurios anmutende Gebietsbezeichnung drückt gleichsam den Versuch der Vereinheitlichung der Region, aber eben auch die noch immer spürbare historische Grenze zwischen den beiden Landesteilen aus – deckt den Festlandsteil der 2007 geschaffenen Region Süddänemark ab. Erfreulicherweise wird aber auch der Blick über die Staatsgrenze gewagt und zumindest kurz gefasst auf die wichtigsten Sehenswürdigkeiten in Flensburg, Schleswig und Nordfriesland (übrigens streng mit deutschen Namen bezeichnet) aufmerksam gemacht. Der Überschrift der Einleitung „Grenzenloses Grenzland“ wird das Büchlein tatsächlich gerecht.

Auch beim Geschichtsteil ist der Verfasser weit mehr um eine ausgewogene Darstellung bemüht, als es in vergleichbarer Literatur meist der Fall ist. In der Darstellung der Vielfalt der Region geht er weit über den

üblichen deutsch-dänischen Aspekt hinaus, und selbst die allzu oft übersehenen Friesen werden als „Volk ohne Grenzen“ angemessen gewürdigt. Nur mit den Begriffen „Einheitsstaat“ und „Gesamtstaat“ vermag Damkjær nicht umzugehen, und so wird die „Grenze“ des „Gesamtstaats“ 1459 an die Eider verlegt, obwohl gerade damals doch auch Holstein Teil der dänischen Krone wurde. Deutlich wird in dieser ansonsten gelungenen einleitenden Darstellung aber auch, wie groß der Unterschied zwischen den Landesteilen ist: Im Geschichtsteil geht Süd-Jütland gegenüber dem Herzogtum geradezu unter, denn die Region nördlich der Königsau hat bei weitem nicht die wechselvolle Geschichte unserer heutigen Grenzregion erlebt.

Die Größe des behandelten Gebiets führt zu dem Nachteil, dass manches sehr oberflächlich behandelt wird. Sehr knapp werden die Städte, aber auch kleinere Ortschaften abgehandelt. So erfährt der Leser wenn überhaupt, nur summarisch in einem Satz, dass Ripen ein geschlossenes historisches Ortsbild aufweist und dass die vier nordschleswigschen Städte, die einstigen „Flecken“ Hoyer, Lügumkloster, Christiansfeld, Norburg und Augustenburg und so manches Dorf gerade abseits der Hauptstraßen viele schöne Straßenzüge

zu bieten haben. Dafür werden die meisten Museen recht ausführlich dargestellt, darunter auch das Deutsche Museum Nordschleswig in Sonderburg (S. 67).

Recht unkonventionell erscheint die Bebilderung. Bauwerke und Naturräume werden selten abgebildet, umso mehr dafür Interieur, Kunstwerke, Menschen und Tiere. Eher willkürlich erscheint mitunter die meist knappe Auswahl an Tipps zum Übernachten, Essen, Einkaufen und Kultur Erleben. Die praktischen Hinweise am Ende sind breit gestreut und mit vielen weiterführenden Internetverweisen versehen. Mitunter sind die Informationen spärlich, etwa beim öffentlichen Verkehr, und der Rezensent musste schon etwas über die Sprachtipps schmunzeln, wonach „viele Menschen in Schleswig Englisch sprechen“ und „die meisten Süderjüten, welche Dialekt sprechen, auch ins Reichsdänische überwechseln können“. Auch die wenigen Karten sind nur bedingt detailreich, aber immerhin zur groben Orientierung hilfreich. Wenn auch das vorliegende Büchlein wie die meisten Reiseführer über nicht großstädtische Reiseziele manche Wünsche offen lässt, ist es doch erfreulich zu sehen, dass man hier auch den Blick über die Grenze gewagt hat.

Gerret Liebing Schlaber

MITARBEITER/INNEN DIESES HEFTES

Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen
Kgl. Dänisches Generalkonsulat
Nordergraben 19
24937 Flensburg

Siegfried Matlok
Der Nordschleswiger
Skibbroen 4
DK-6200 Aabenraa

Dr. Eckhard Bodenstein
Hærulfvej 12
DK-6330 Padborg

Bernd Philipsen
Munkenholt 42
24944 Flensburg

Dr. Uwe Hauptenthal
Richard-Haizmann-Museum
Rathausplatz 2
25899 Niebüll

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
VUC Sønderjylland
Christiansfeldvej 31 D
DK-6100 Haderslev

Jens Christian Jacobsen
Marienhof 15
24939 Flensburg

ABBILDUNGSNACHWEIS

Siegfried Matlok, Ein grausames Kapitel Minderheit. Angehörige der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig als KZ-Wächter 1941-45 Abb. 1-2, 4: Dennis Larsen, Fortrængt grusomhed. Danske SS-vagter 1941-45, København 2010; Abb. 3, 7-9: Der Nordschleswiger, 27.11.2010. Fotos: Mary Schneider; Abb. 5: Anna Buck, Öffentliches Gedenken im Wandel. Zur Erinnerungskultur der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, in: GFH 1/2007. Foto: Anna Buck, 2006

Uwe Hauptenthal, „Das Mal“. Ansgar Nierhoffs Stele am ehemaligen Panzerabwehrgraben in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund Abb. 1, 3, 5: Ulrich Jeß; Abb. 2: privat; Abb. 4: Archiv Hans-J. Stuck, Ladelund. Foto: Karin Tuxhorn

Henrik Becker-Christensen, „The Streets of Voluntariness“. Einführung in ein Seminar der „Jugend Europäischer Volksgruppen“ (JEV) Abb. 1-3: Sydslesvigs danske Ungdomsforening (SdU). Fotos: Manfred Bauch

Postvertriebsstück

C 3340 F

Entgelt bezahlt

ADS-Grenzfriedensbund e. V.

Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg

ISSN 1867-1853